Nr. 276 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 1

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden, Tschecho-Slowakei und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 1. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Was ist erreicht?

Konservative von rechts und Scheinrevolutionäre von links behaupten in trauter Gemeinschaft, daß das neue Deutschland, wie es nach dem verlorenen Weltkrieg und nach der Revolution erstanden ist, nur Elend brächte, aber keine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand.

Es ist notwendig, demgegenüber einige Tatsachen sich zu merken und den Gleichgültigen einzuhämmern.

Wir hatten und haben:

Vor der Revolution:	Nach der Revolution:
22 Monarchen.	Keine Monarchen.
Einen Reichstag, der so gut wie nichts zu sagen hatte.	Einen Reichstag, der die höchste Gewalt des Volkes darstellt.
Wahlrecht zum Reichstag nur für Männer über 25 Jahre.	Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre.
Dreiklassen- oder Pluralwahlrecht zu den Landesparlamenten.	Gleiches Verhältniswahlrecht für Reich, Staat und Gemeinde.
Der Reichstag wurde bei Konflikten zwischen Regierung und Parlament aufgelöst und heimgeschickt.	Die Regierung muß zurücktreten, wenn die Volksvertretung es fordert.
Abstimmung über die Regierungspolitik nur alle 5 Jahre.	Wahlen zum Reichstag alle 4 Jahre, außerdem Volksentscheid über Gesetzentwürfe, Volksbegehr und direkte Wahl des Reichspräsidenten.
Im Arbeitsverhältnis: „Herrentum im Hause" der Industriegewaltigen.	Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch Betriebsräte und Tarifinstanzen.
Tägliche Arbeitszeit von 10, 11 und 12 Stunden.	Gesetzlicher Achtstundentag.
Politische Unfreiheit aller Abhängigen, besonders der Beamten.	Politische Freiheit für jedermann.
Koalitionsverbote und Strafbestimmungen.	Anerkennung der Gewerkschaften als Berufsvertretung für Arbeiter, Angestellte und Beamte.
Belastung der breiten Masse durch indirekte Steuern und Zölle auf Nahrungsmittel.	Aufbringung der Reichslasten hauptsächlich durch direkte Steuern auf Vermögen, Kriegsgewinn, Einkommen.

Trotz des ungeheueren wirtschaftlichen Zusammenbruchs, den der Weltkrieg und seine Verlängerung durch die Alldeutschen herbeigeführt, hat die Deutsche Republik unter sozialdemokratischer Führung ungeahnte Fortschritte in politischer Beziehung gebracht und große Verbesserungen in wirtschaftlicher Hinsicht angebahnt.

Diese Fortschritte auszubauen und zu vertiefen ist die Aufgabe der nächsten Zukunft. Wer das Volk nicht in alte Knechtschaft zurückführen und nicht durch putschistische Experimente alle Errungenschaften gefährden will, gibt seine Stimme

am 6. Juni der Sozialdemokratie!

Unabhängige und Koalition.

Die Kernfrage im Zwiespalt zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen ist die Frage der Zulässigkeit einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien. Besitzen die sozialdemokratischen Parteien keine Mehrheit im Reichstage und will man die Zulässigkeit eines Zusammenregierens von Sozialisten und bürgerlichen Republikanern verneinen, dann gibt es eben nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder die sozialdemokratische Opposition, d. h. den Verzicht von seiten des Proletariats auf eine unmittelbare Entwicklung auf die Regierungsgeschäfte — oder das Alleinregieren der Sozialdemokraten als Minderheit, d. h. die Diktatur des Proletariats. Von diesem Dilemma wäre man nur dann befreit, wenn man die Mehrheit im Volke, d. h. also auch im Parlament, für sich haben würde.

Nun hat die Unabhängige Sozialdemokratie auf ihrem Leipziger Parteitag die Zulässigkeit der Koalition durch ihr Bekenntnis zum Rätesystem verneint. Die Leipziger Resolution der Unabhängigen bedeutet eine Absage an die Demokratie, also an den Parlamentarismus, also auch eine Verurteilung der mehrheitssozialistischen Koalition.

Die Frage ist aber, ob die Unabhängigen mit dieser Lossagung von den demokratischen Grundsätzen zugleich auch darauf verzichtet haben, in absehbarer Zukunft positive Regierungsarbeit zu leisten, oder ob sie mit ihrer Zustimmung zum bolschewistischen Sowjetsystem unmittelbare praktische Ziele im Auge faßten.

Der rechte Flügel der Unabhängigen Partei, der übrigens unter Führung Hilferdings diese Leipziger Beschlüsse bekämpft hatte, der jedoch trotzdem in dieser Partei verblieben ist, betrachtet offenbar das Bekenntnis zum Rätesystem als einen rein theoretischen Akt, dem keine Taten folgen werden, weil sie ihm auch nicht folgen können. Schrieb doch Hilferding in der „Freiheit" vom 11. Dezember 1919 unmittelbar nach dem Leipziger Parteitag einen Artikel, in dem er seine Parteigenossen vor dem Versuch warnte, ihre Resolution in die Tat umzusetzen:

Wie stände es heute um die Behauptung der Macht? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß heute die ländliche Bevölkerung einer revolutionären Regierung den äußersten Widerstand entgegensetzen würde. **Die Lebensmittelzufuhr würde stocken.** Gewaltanwendung würde nicht viel nützen, selbst wenn sie, da die Landbevölkerung bewaffnet ist, möglich wäre. **Wir müßten mit einer Agrarkrise rechnen, mit der ungeheuren Schwierigkeit, die städtische Bevölkerung zu ernähren.** Dazu käme der Widerstand der bürgerlichen nichtsozialistischen Schichten, der namentlich in den Provinzstädten großen Umfang annehmen und die Fortführung der industriellen Produktion außerordentlich erschweren würde. **Zur Agrar- würde eine Industriekrise kommen, die jetzt noch gesteigert würde durch die Blockade der kapitalistischen Staaten und durch die Sperrung der Kredite der ausländischen Kapitalisten.**

Aber auch das Zentrum der U. S. P., als dessen Führer der Parteivorsitzende Crispien angesehen werden kann, scheint darüber der gleichen Auffassung zu sein wie Hilferding. Als nämlich Crispien im Februar nach Bern fuhr, um sich dort mit dem Generalsekretär der französischen Parteien Frossard über die Gründung einer vierten Internationale zu beraten, äußerte er sich gegenüber dem französischen Genossen über die Aussichten einer Sowjetdiktatur in Deutschland ebenso pessimistisch. Frossard erzählte in der „Humanité", daß ihm Crispien auf seine Frage, ob an eine Eroberung der Macht durch Unabhängige und Kommunisten in absehbarer Zeit zu denken sei, folgendes geantwortet habe:

„Manche Genossen glauben zwar daran, ich aber nicht... **Wir haben übrigens den Eindruck, als ob die Reaktionäre es nicht ungern sähen, wenn wir sofort ans Ruder gelangten — damit sie uns sicherer und schneller loswerden. Wir könnten nur schwer die Städte verproviantieren. Das würde in allerkürzester Zeit zum Sturz unserer Regierung, genau wie in Ungarn, führen und die Wiedererlangung der Macht durch die Junker bedeuten.** Dank den Vorräten an Lebensmitteln, die sie aufgestapelt haben, würden letztere dem Volke die Illusion einer sofort eingetretenen Besserung geben können — und alles wäre vorbei!"

Besser kann die Koalitionspolitik der Mehrheitssozialisten gar nicht gerechtfertigt werden, als durch diese zwei Aeußerungen des Vorsitzenden der Unabhängigen Partei und des Chefredakteurs ihres Zentralorgans. Die unwiderlegbare Schlußfolgerung, die man aus ihren Worten ziehen darf, ist, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch ihre Beteiligung an der Koalition das Proletariat vor dem Verhungern, die Industriearbeiterschaft vor der Arbeitslosigkeit und die Republik vor der junkerlichen Konterrevolution gerettet hat. Es war dies ein schweres Opfer, das unsere Partei dem deutschen Volke brachte. Sie war sich von Anfang an dessen bewußt, daß die Koalitionspolitik mit allerlei Unzuträglichkeiten verbunden ist, mit vielen unerwünschten Konzessionen an die mitregierenden bürgerlichen Parteien und mit

dem unvermeidlichen Odium des Konkursverwalters. Diesem Opfer unserer Partei ist es jedoch allein zu verdanken, daß Deutschland 18 Monate nach der Revolution überhaupt noch eine Republik ist und nicht in ungarische Zustände verfallen ist.

Nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er die Kapp-Woche miterlebt hatte, berichtete der belgische Genosse Louis de Brouckère im Brüsseler „Peuple" über seine Unterredungen mit unabhängigen Führern. Er schrieb:

„Man könnte, sagten mir die Unabhängigen, die Nationalversammlung auflösen und ohne deren Mitwirkung einige Zeit lang regieren. Man würde neue Wahlen ausschreiben, sobald das neue Regime sich befestigt hätte. **Die Anhänger dieser Lösung bestritten lebhaft, daß sie die Diktatur des Proletariats aufrichten wollen,** aber wir vermochten nicht den Unterschied zwischen ihrem Vorschlag und einer regelrechten Diktatur zu finden, wie sie sie einer widerstrebenden Mehrheit aufzuzwingen hofften, **von der sie selbst zugaben, daß sie mächtig genug ist, um sich jeder extremen Lösung entgegenzustellen.**

Viele unabhängige Führer waren sich dieser Schwierigkeit bewußt und schienen gewillt zu sein, eine Lösung in einer anderen Richtung zu suchen. Sie schlugen vor, im proletarischen Kabinett Vertreter der christlichen Gewerkschaften und vielleicht sogar die Delegierten jener Arbeiterorganisationen **aufzunehmen, die unter demokratisch-liberalem Einfluß stehen. Eine derartige Kombination würde sich kaum von einem eigentlichen Koalitionsministerium unterschieden haben.**

Dahingehende Verhandlungen würden um so wahrscheinlicher zu einem Einverständnis geführt haben, als ja die Unabhängigen bereit waren, für eine solche Arbeiterregierung ein außerordentlich gemäßigtes Programm aufzustellen, das sich darauf beschränkte, außer der Säuberung der Verwaltung und der Reorganisation des Militärwesens die Verstaatlichung der Bergwerke zu fordern, welche bei den Mehrheitsparteien keiner Opposition begegnet.

Daß die Ausführungen de Brouckères den Tatsachen voll entsprechen, wird niemand bestreiten können: haben doch zu Anfang der Regierungskrise nach dem Kapp-Putsch die Unabhängigen durch Crispien und Hilferding offiziell den Vorschlag der „Arbeiterregierung" unterbreitet, in der auch christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftler sitzen sollten. Damit haben sie tatsächlich ihre Leipziger Beschlüsse preisgegeben und das Zusammenregieren nicht nur mit uns, sondern auch mit Vertretern solcher Parteien prinzipiell gutgeheißen, die sie sonst als Klassenfeinde des Proletariats bezeichnen.

Angesichts der gesamten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse war dieser Vorschlag Crispiens und Hilferdings durchaus vernünftig und wir haben ihn im „Vorwärts" damals lebhaft unterstützt. Daß er zu keinem Ergebnis geführt hat, ist bedauerlich, aber auch nicht unsere Schuld. Es schien damals vielmehr, als hätten die Unabhängigen kurz nach dem Bekanntwerden ihres Schrittes vor dem Toben ihres linken Flügels und der Kommunisten Angst bekommen.

Auch war im Gedächtni der Unabhängigen die Erinnerung an die gemeinsame Regierungszeit der Volksbeauftragten noch zu frisch, in der man für das Volk Positives hatte leisten und daher auch alle möglichen Mitverantwortungen hatte übernehmen müssen. Man wollte nicht, zumal vor den Wahlen, jene gesegnete „Bewegungsfreiheit" verlieren, die einem gestattet, ohne jegliches positives Wirken für die Arbeiterschaft Kritik zu üben und Opposition zu treiben.

Aber alles Kritisieren und Opponieren wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß in den oben angeführten Artikeln und Gesprächen die Führer der U. S. P. die Notwendigkeit unserer Koalitionspolitik mit den linksbürgerlichen Parteien anerkannt haben und daß dieselben Führer einen Augenblick lang bereit waren, ebenfalls eine Koalitionsregierung zu bilden.

Seelengemeinschaft.

Die „Freiheit" weint am Halse des „Lokal-Anzeigers".

Daß der Erlaß des Reichspräsidenten, der die geheimen gegenrevolutionären Freikorpsorganisationen mit Zuchthausstrafen bedroht, von der Rechtspresse wütend angegriffen werden würde, haben wir erwartet. Der „Lokal-Anzeiger" jammert in Nachmittag- und Abendausgabe über „die neue Zuchthausvorlage", was bei einem Blatte nicht wunder nimmt, das sich am 13. März zum Organ der Kapp und Lüttwitz machte. Aber die Rechtsputschisten erhalten hochwillkommenen Zuzug von der äußersten Linken (wie gewöhnlich!). Die „Freiheit" kündet den Erlaß unter der Manschette „Ein neuer Akt der Willkür" an und schreibt:

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist **ein nackter Willkürakt**, der alles bisherige auf diesem Wege noch übertrifft und den wir nicht gutheißen dürfen, auch **wenn er sich gegen Baltikumer und ähnliche Elemente richtet.**

Die gesamte rechtsbolschewistische Presse wird das mit äußerstem Behagen zur Kenntnis nehmen. Wir aber müssen sagen, daß es danach wohl der „Freiheit" auf keine Weise recht zu machen ist. Wäre nur ein Verbot ohne Strafandrohungen erlassen worden, so hätte die „Freiheit" gehöhnt, daß sei wieder so eine halbe Maßregel. Geht nun aber die Regierung mit energischen Strafmaßnahmen gegen die Gegenrevolution vor, so jammert die „Freiheit" über „Willkürakte". Und das ist dasselbe Blatte, das prinzipiell die — Diktatur des Proletariats vertritt!

Der Frontbund in der Reichswehr verboten.

Reichswehrminister Geßler hat zu der Verordnung des Reichspräsidenten eine Ergänzungsbestimmung für die Angehörigen der Reichswehr erlassen, **in welcher der Beitritt zum Frontbund verboten wird.** Andere Organisationen von Reichswehrangehörigen werden durch dieses Verbot nicht betroffen. Ferner ist an die Kommandeure der einzelnen Reichswehrformationen strenge Weisung ergangen, Soldaten, die entlassen oder beurlaubt **werden, schon am Abrüstungsort die Waffen abzunehmen.** Auf den Berliner Bahnhöfen sind Beobachtungsstationen eingerichtet worden, die ankommenden bewaffneten Soldaten sofort die Waffen abnehmen.

Die Auflösung der 3. Marinebrigade.

Der Chef der Heeresleitung, Generalmajor v. Seeckt, der bei der Gelegenheit von Truppenbesichtigungen auch Paderborn und den Uebungsplatz Sennelager besucht hat, meldet dem Reichswehrministerium aus Detmold, daß die Auflösung der 3. Marinebrigade (Löwenfeld) und der im Sennelager befindlichen Freikorps ihren Fortgang nehme. Den Verbänden sei kein Zweifel darüber gelassen worden, **daß ihre Auflösung in kurzer Zeit beendet sein müsse.**

Frontbund-Heuchelei.

„Stille, ernste Organisationsarbeit" — bei Lichte!

Man schreibt uns: Der Frontbund versendet an die Zeitungen eine Erklärung, in der er behauptet, daß er nur eine rein wirtschaftliche Berufs-Organisation sei und sich nur mit sozialen internen Fragen innerhalb der Reichswehr beschäftige. Der Frontbund behauptet weiter, daß seine „stille, ernste Organisationsarbeit" zu Wahlmanövern mißbraucht würde, und lärmend und in ganz falscher Aufmachung in die Oeffentlichkeit und in die Tagespolitik gezerrt würde. — Endlich versichert noch Hauptmann v. Pfeffer mit der Miene eines Biedermannes, daß die Angehörigen des Frontbundes innerhalb ihres kleinen, einfachen Interessenkreises keinem Menschen etwas zuleide täten.

Demgegenüber verlohnt es sich, doch einmal auf den Inhalt des Flugblattes, das die erste Tagung des Frontbundes ankündigt, einzugehen. Darin heißt es unter Punkt 9:

Sofortige Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe, niemals mit Waffen gegeneinander vorzugehen, zu verhaften? — Sofortige Meldung von den Befehlen über Abtransport, Auflösung, Zerreißen von Verbänden, Entwaffnung, Absetzung besonders beliebter Führer? — Weiße und schwarze Listen?

Der scheinbar unpolitische Frontbund sagt in diesem Flugblatt weiter: „Es geht ums Ganze! Helft mit, ihr Freunde, daß jeder die Wichtigkeit erkennen möge, daß jeder einen kleinen Einblick in unsere politische Lage bekommt." Das ist der harmlose, unpolitische Frontbund!

Ungesühntes Blut.

Ein echt kriegsgerichtlicher Freispruch.

Die standrechtliche Erschießung eines vermeintlichen Spartakisten wurde am Montag vor dem Gericht der Reichswehrbrigade 3 in Potsdam verhandelt. Die Anklage machte dem 24jährigen Leutnant und Adjutanten Hermann Baum die vorsätzliche Tötung eines Menschen zum Vorwurf. Wie in der Anklageschrift hervorgehoben wurde, ließ der Leutnant am 12. März vorigen Jahres während der Lichtenberger Unruhen den 40jährigen Zigarrenhändler Johann Müller aus der Memeler Straße 19 erschießen, **ohne denselben mit der Waffe in der Hand angetroffen zu haben.** Die Abteilung Baum hatten den Befehl, das Warschauer Viertel zu säubern. In der Nacht zum 12. März traten zwei Baum unbekannt gebliebene Männer an den Leutnant heran und sagten: „Herr Leutnant, der Müller ist ein Spartakist, **wenn Sie den kriegen, dann erschießen Sie ihn.**" Der Angeklagte ließ am andern Morgen sein Haus umstellen und trat in die Wohnung des Zigarrenhändlers, der gerade beim Rasieren war. Die Haussuchung förderte mehrere Straßenpläne und republikanische Bücher zutage, **Waffen wurden nicht gefunden.** Der Leutnant rief dem Müller zu: „Sie agitieren für die Unabhängigen. Sie haben auf uns geschossen, (!!) nehmen Sie Abschied von Ihrer Familie,

in 10 Minuten werden Sie erschossen".

Tatsächlich wurde Müller nach 10 Minuten auf den Hof geführt, der Angeklagte kommandierte Feuer und sechs Soldaten schossen auf den Zigarrenhändler. Man ließ ihn liegen, und nach einiger Zeit bemerkte ein Sanitäter, daß Müller noch lebte, und er gab auf den schon Bewußtlosen den Gnadenschuß ab. Die Verhandlung wurde seinerzeit wegen Ladung mehrerer Zeugen vertagt. Der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Orland beantragte die Freisprechung. Das Gericht folgte diesem Antrage mit der Begründung, daß der Angeklagte dem Noskeerlaß vom 9. März d. J. Folge geleistet habe, der da besagt, daß jeder, der mit der Waffe kämpfend getroffen wird, erschossen werden muß.

Dieses Urteil wird jedem Nichtmilitaristen unverständlich sein. Der Erlaß Noskes sprach von Leuten, die mit der Waffe in der Hand kämpfend angetroffen werden. Wie es eine „Befolgung" dieses Erlasses sein soll, wenn jemand erschossen wird, der nicht einmal eine Waffe besaß, geschweige denn, daß er kämpfend angetroffen wurde, das wird wohl ewig Geheimnis der Militärrichter bleiben. Die durch nichts gerechtfertigte Vernichtung eines Menschenlebens wird hier durch ein Kriegsgericht gutgeheißen. Dieses Urteil ist ein neuer Beweis dafür, daß die Abschaffung der Kriegsgerichte im Interesse deutscher Kultur und deutschen Ansehens dringend notwendig ist. Die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler haben in letzter Stunde durch Obstruktion die Abschaffung der Kriegsgerichte verhindert. Am 6. Juni gebührt ihnen die Quittung dafür.

Stauning darf nicht nach Südjütland! Unser dänischer Genosse Stauning wollte dieser Tage nach der ersten Zone reisen, um mit dortigen sozialdemokratischen Organisationen Fühlung zu nehmen. Die interalliierte Kommission hat ihm aber das Paßvisum verweigert. Die dänischen Politiker haben bisher ungehindert die Reise nach der ersten Zone antreten können. — Die interalliierte Kommission kopiert damit nur sklavisch, was einst das wilhelminische Preußen genau so gemacht hat.

Sozialdemokratische Kulturarbeit.

Von J. Kliche.

Von Zeit zu Zeit kehrt ein bürgerlicher Literat von einer Entdeckungsreise heim, beladen mit der Erkenntnis, daß die sozialdemokratischen Wilden doch bessere Menschen sind, als sie in den Bezirken der Gutgesinnten gemeinhin dargestellt werden. In diesen letzteren sehe es dagegen vielfach fürchterlich aus. Und das stimmt. Man sehe sich nur den ethischen „Wert" des Teiles unterm Strich der diversen Zeitungen an. Was dort der weitaus größte Teil der bürgerlichen Presse jahraus jahrein an Schund zusammendruckt, das ist so blöden und beschämenden Charakters, daß kein Wort mehr darüber zu verlieren ist.

Stillschweigend aber duldete die Zunft der zur Kritik Berufenen. Sie findet es ganz in der Ordnung, daß man auf der einen Seite in gesuchtester geistreichelnder Manier literarische Kritik übt, in geschraubten Redewendungen in Ethik und Aesthetik macht, um dann zur Bekräftigung und Veranschaulichung der eben ausgesprochenen Maximen die — idealen Romane der Hedwig Courths-Mahler, der Anny Wothe und der anderen hochgeschätzten schreibenden Gevatterschaft dem p. p. Publikum vorzusetzen. Komischer Widerspruch.

Leider stimmt's: die Einheitlichkeit zwischen Theorie und Praxis findet sich, von einigen wenigen bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften abgesehen, lediglich in der sozialdemokratischen Presse. Kennern ist dieser Sachverhalt nicht neu. Zuweilen konstatiert ihn auch einer von der Zunft, und väterlich-wohlwollend spendet er in seiner Literaturgeschichte den roten Redaktionen ein anerkennendes Wörtchen.

Angesichts solchen Zustandes scheint eine kleine Vorführung des Tatsächlichen ab und zu nicht unangebracht. Hier das Ergebnis einer Stichprobe, die ich Mitte Mai in 33 mehrheitssozialistischen Blättern vornahm. Es liefen dort fortsetzungsweise Romane von Klara Viebig, Alfred Bock, Gottfried Keller, Hermann Sudermann, Minna Kautsky, Richard zur Megede, Ernst Preczang, Hermann Horn, Artur Landsberger, Friedrich Spielhagen, Konrad Tellmann, Lydia Rushland, Ottomar Enking, Heinrich Mann, Max Kretzer, Ernst Zahn, Ludwig Anzengruber, Alfred Huggenberger, E. v. Scheffel, Theodor Storm, F. W. Hackländer und Otto Ludwig. — Viebig, Storm und Ludwig waren ja zweimal vertreten, Anzengruber dreimal. Ausländer (Uebersetzungen) traf ich in den 33 Blättern sechs an, und zwar Barbusse, Pontoppidan, Hamsun, Echoud, Scholdberg und Strindberg.

Wie die vorstehenden Namen ausweisen, ist jenes Niveau, wie es der übergroße Teil der bürgerlichen Presse ununterbrochen pflegt, gar nicht vertreten gewesen. Bis auf zwei, höchstens drei Namen alles angesehene Repräsentanten deutscher und ausländischer Literatur. **Würde man die Stichprobe über die erwähnten 33 Zeitungen hinaus fortführen, das Bild würde keine wesentliche Aenderung erfahren. Die fragliche Zahl habe ich deshalb geprüft, weil ich dieselben 33 Blätter im Jahre 1914 und 1916 auf das Romanfeuilleton hin kontrollierte. Die damals erzielten Ergebnisse, die an Qualität dem diesmaligen parallel liefen, habe ich in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse" vom 3. März 1914 und vom 1. November 1916 niedergelegt. Teilweise auch im zweiten Juliheft des „Kunstwart" 1914.**

So das Resultat. Ohne pharisäerischen Augenaufschlag darf man also sagen: Sollte sich jemand mit der Aufgabe befassen, eine Kulturgeschichte der jüngsten Vergangenheit zu schreiben: er wird gut tun, auch den kulturellen Wert der sozialdemokratischen Presse nicht zu übersehen. Hat doch die in dieser den breiten Massen übermittelte Literatur ein Gewaltiges zur Hebung des literarischen Geschmacks der unteren Schichten beigetragen. Zum andern gibt aber ein Ueberblick über die letzten zwei Jahrzehnte ein interessantes Spiegelbild von den literarischen Strömungen der jeweiligen Zeit. Abgesehen von den älteren honorarfreien Autoren, begegnen wir zuerst den Anerkannten der Gegenwart. Das Ausland ist in der sozialdemokratischen Presse in der gleichen Reihenfolge anzutreffen, wie es den deutschen Büchermarkt epochenweise beeinflußte. Vielleicht kann man die Formel auch umdrehen: der Zeitungsabdruck beeinflußte den Büchermarkt. Den Franzosen folgten die Russen und diesen wieder die Skandinavier.

Dieser kleine Ausschnitt dürfte genügen, um zu zeigen, welcher ethischen Tätigkeit sich von Jahr zu Jahr die sozialdemokratische Presse befleißigt und welchen Faktor die gegenwärtig existierenden 150 mehrheitssozialistischen Zeitungen (zu denen noch etwa 50 „unabhängige" kommen) darstellen.

Freilich, dem großen Handelsmann der Deutschen Volkspartei, Herrn Hugo Stinnes und dessen politischen Trabanten imponiert das wenig; diejenigen aber, denen Politik etwas anderes bedeutet als volksfeindliche Schachergeschäfte, begrüßen mit Befriedigung diesen Stand der Dinge.

Denn schließlich dürfte ein derart erzogenes Leserpublikum beim eigenen Bücherkauf auch andere Autoren berücksichtigen, als die verblödeten Abonnenten der Generalanzeigerpresse. Ob aber von den 60 Zeitungen, die Herr Stinnes bereits gekauft hat, zwei oder drei sind, die sich auf besagtem Gebiet mit dem letzten sozialdemokratischen Provinzblatt messen können?

Die Goethe-Gesellschaft, deren Jahrestagung soeben stattfand, hat den Bemühungen, sie über die Enge einer literaturhistorischen Vereinigung hinaus zu entwickeln, diesmal wenigstens einige Zugeständnisse machen müssen. Da sich's darum handelt, ihr einen Boden für eine gesteigerte geistige Volkswirksamkeit zu verschaffen, ist die nunmehr in die Satzungen übernommene Gründung von Orts- und Bezirksgruppen, denen im Vorstand eine Vertretung gegeben werden soll, als immerhin wichtige grundsätzliche Neuerung anzusehen. Damit und mit der Erweiterung des Vorstandes ist freilich die Reform für diesmal erschöpft. Wann weiteres erreicht wird, dürfte davon abhängen, ob die Ortsgruppen sich schnell mehren und in welchem Geiste sie sich entfalten. Welche Luft jetzt noch weht, läßt ein wenig der Vorgang erkennen, daß man sich nicht entschließen konnte, auf die Anregung, wenigstens eine Frau dem Vorstand einzufügen, sofort und willig einzugehen. Die Sache soll erst erwogen werden. Wie die Protektorstellung des ehemaligen Weimarener Großherzogs zum Goethe-Archiv, die letzthin überall in der Presse beleuchtet wurde, in Zukunft sich gestalten wird, ist nur hinter den Kulissen besprochen worden. Eine Aenderung wird vorläufig nicht eintreten. Aus Anlaß der Vollendung der großen Sophien-Ausgabe der Werke Goethes — 143 Bände — wurde die Goldene Goethe-Medaille an Prof. Gräf und Dr. Hecker, die vor allen um diese Schöpfung Verdienste haben, gegeben. Daß der seit Jahren vergriffene sechsbändige „Volks-Goethe" vorläufig, wie zu begreifen ist, noch nicht wieder herausgegeben werden kann, ist zu bedauern. Aber wiederkommen soll er.

Heinrich Vogelers Arbeitsschule. Der Maler Heinrich Vogeler entwickelt im „Forum" das Programm der Schule, an deren Verwirklichung er seit einiger Zeit in seinem Wohnort Worpswede arbeitet. Grundlage der Schule soll die innige Verbindung allen Wissens mit dem lebendigen Leben sein und so soll sie als ein wirtschaftlich arbeitendes Teilstück der Gemeinde organisiert werden. In der Arbeitsschule, sagt Vogeler, müssen wir die Umwelt des Kindes so gestalten, daß in ihm immer wieder das Schöpferische geweckt wird, denn dem schöpferischen Menschen geht es nie um Besitz, ihm ist die Tat, das Werk Lebenszweck, Erfüllung.

Käthe Kollwitz' Handzeichnungen gibt jetzt, zu großem Werke zusammengefaßt, der Dresdener Kunstverlag E. Richter in möglichst treuer Anlehnung an die Originale heraus. Es gelang, die meist weit verstreuten Zeichnungen wieder zu erreichen und nun in einer Auswahl das Besten darzubieten. Die Mappe enthält zum Teil Studien und Entwürfe zu Radierungen. Fritz Böttger leitet die Herausgabe. Sie wird in drei Ausgaben zu 5000, 3000 und 600 M. angekündigt. Ausführliche Prospekte sind gegen 1,50 M. von dem Verlag zu beziehen.

Haydns Schöpfung wird am 11. Juni, abends 7½ Uhr, unter Scheinpflugs Leitung in der „Neuen Welt" aufgeführt. Karten im „Vorwärts", Lindenstr. 2.

Theaterchronik. Der Leiter des Mannheimer Nationaltheaters, Dr. Hagemann, geht als Intendant an das Landestheater in Wiesbaden. Der Leiter des Wiener Burgtheaters, Heine, ist zurückgetreten und hat die Leitung dem Oberregisseur Devrient übergeben.

Eine Zusammenkunft deutscher Geographen hat in den Pfingsttagen unter Beteiligung von Vertretern verwandter Wissenschaften in Gotha stattgefunden. Es wurde über Beschaffung ausländischer Bücher und Zeitschriften, Verbilligung erdkundlichen Lehrmaterials, Aufrechterhaltung der deutschen Kartographie und Neugestaltung des geographischen Referatwesens usw. beraten. Die Beschlüsse werden den verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden übermittelt.

Deutsches Opernhaus. In der am 3. Juni stattfindenden „Fidelio"-Aufführung singt Frau Kammersängerin Melanie Kurt die Leonore.

Das zweite städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am 2. Juni in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn 8 Uhr. Karten 1 M. Vorverkauf in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Str. 61, und im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (bei Horsch).

Die Schuld an der Not.

Von Luise Schroeder (M. d. R.).

„Wenn wir keinen Siegfrieden bekommen, so bricht Deutschlands Wirtschaft zusammen und wir haben keine Möglichkeit, uns wieder zu erheben!“ Das war die Parole derjenigen, die das deutsche Volk während viereinhalb Kriegsjahren zum „Durchhalten“ anfeuerten, die den sogenannten Scheidemann- oder Verständigungsfrieden auf das energischste bekämpften, und die doch nicht verhindern konnten, daß ihr Held Ludendorff im November 1918 die deutsche Regierung telegraphisch um sofortigen Waffenstillstandsabschluß bitten mußte, da jeder weitere Kriegstag das Unheil ins Ungemessene steigere. Diese selben Leute, aus deren Reihen auch der Kapp-Putsch kam, wagen's nun, der heutigen Regierung, vor allem uns Sozialdemokraten die Schuld an unseren Wirtschafts- und Ernährungsschwierigkeiten zuzuschieben. Da mag einmal ins Gedächtnis zurückgerufen werden, woher diese unsere Notlage stammt!

Als im August 1914 das Kriegselend über Deutschland hereinbrach, da wurde zugleich die furchtbare Hungerblockade über uns verhängt. Unsere Vorräte mußten verbraucht werden, die notwendige Zufuhr aus dem Auslande erhielten wir nicht. Unser gesamtes Wirtschaftsleben wurde eingestellt auf den Kriegsbedarf. Die Eisen- und Maschinenindustrie schuf die Munition, die Textilindustrie die Ausrüstung der Soldaten. Alle Rohstoffe wurden dafür verbraucht, sogar vorhandene Gegenstände diesem Zwecke umgewertet.

Mit dem Volksvermögen wurde der schlimmste Raubbau getrieben: die Verkehrsmittel, die Bergwerke, der Grund und Boden ausgenutzt bis zur völligen Erschöpfung.

So fand uns das Kriegsende vor leeren Lägern, vor einem zerrütteten Wirtschafts- und Verkehrswesen!

Dazu kam die Ausnutzung und der Zusammenbruch des Menschen, der Männer draußen im Felde, der Frauen und Kinder in der Heimat!

Es kommen hinzu die ungeheuren finanziellen Lasten des unglücklich verlaufenen Krieges, des schweren Friedensvertrages, der Sorge für 5 Millionen Kriegsopfer! Millionen von Volksgenossen, aber auch unsere wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete, unsere Maschinen, unsere Handelsflotte, unser Verkehrsmaterial, unser Vieh mußten wir hergeben! Alles eine Folge dessen, daß man nicht rechtzeitig einen Verständigungsfrieden gesucht hatte! Wer wagt es da, die Verantwortung für unsere Leiden auf das Schuldkonto derer zu schreiben, die sich im November 1918 nicht feige versteckten, sondern mutig das Steuer des dem Versinken nahen Staatsschiffes ergriffen und ihre ganze Kraft einsetzten, um das größte Unglück zu verhindern! Wo waren damals die Leute, die heute die Sozialdemokratie nicht genug schmähen können?

Das alles mögen sich die Frauen einmal durch den Kopf gehen lassen! Dann werden sie trotz aller täglichen Sorgen finden, daß nicht Zeit ist zum Verzweifeln, sondern daß es in Deutschland noch eine Kraft gibt, die sich nicht auf Kritik, nicht auf Schmähungen des Gegners beschränkt, sondern die zähe und mühsam arbeitet, um die furchtbaren Folgen des Krieges zu überwinden. Das geht nicht in einem Jahre, was 4¼ Jahre zerstört haben, kann so schnell nicht aufgebaut werden. Aber der Grundstein ist gelegt.

Haben die Frauen nur Vertrauen zu den Vertretern ihrer Interessen im Parlament, das heißt zu den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, und zeigen sie am 6. Juni, daß sie geschlossen hinter ihnen stehen, so wird auch für sie die Zeit kommen, wo sie einer besseren Zukunft entgegenblicken werden.

Wirtschaft

Verhetzung statt Vernunft.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ macht in einer Polemik gegen unsere Ausführungen zu den Beschlüssen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände folgende Bemerkung:

„Der „Vorwärts“ bekommt es fertig, in dieser Zeit, wo uns nur rückhaltlose Wahrheitsliebe retten kann, in wahnwitziger Weise die Dinge zu verdrehen. Bringt nicht jeder Tag neue Meldungen, daß große Industriewerke den Betrieb schließen müssen, weil schon bei den heutigen Löhnen absatzfähige Ware nicht mehr herzustellen ist? Auf dem Weltmarkt ist an Wettbewerb nicht zu denken, unsere Preise sind zu hoch, und wir müssen „freibleibend“ anbieten, weil kein Unternehmer auch nur auf Monatszeit kalkulieren kann, wenn die Lohnschraube fortwährend nach oben gedreht wird. Wo sind die Gewinne, von denen der „Vorwärts“ fabelt? Einen verschwindenden Bruchteil der deutschen Industrie bedeuten die paar großen Aktiengesellschaften, die ansehnliche Dividenden ausschütten können! Das Gros der Unternehmer hat sich immer mit bescheidenem Gewinn durchschlagen müssen und nimmt heute schwere Verluste in den Kauf, allerdings nur bis zu einer Grenze, jenseits derer eben die Fortsetzung des Betriebes schlechthin unmöglich ist. Aber selbst die alte Fabel von den Riesengewinnen der Aktiengesellschaften sollte ein halbwegs gewissenhaftes Arbeiterblatt heute nicht mehr auftischen! Rechnet man den Kurszettel, selbst der Vorkriegszeit, durch, so ergibt sich bekanntlich eine durchschnittliche Verzinsung, die kaum 6 bis 7 Proz. übersteigt.

Und nun die hetzerische Androhung, die Arbeiter würden die Betriebe ohne die Unternehmer fortführen! Was haben denn alle Sozialisierungsversuche dieser Art bisher ergeben? Was hat erst kürzlich der Herr Minister Giesberts über die Rentabilität der ihm unterstellten Staatsbetriebe gesagt? Wie rasch haben sich selbst die radikalsten Bolschewisten bekehrt! Wir sind sehr neugierig, wie der „Vorwärts“ das Hexenkunststück fertig bekommen wird, eine unternehmerlose Unternehmung durchzuführen. Ruchlos und gewissenlos aber ist es, wenn ein sogenanntes Arbeiterblatt es wagt, in dieser Zeit seine Leser auf Irrwege zu führen, die das ganze Volk ins Verderben stürzen müssen!“

So viele Sätze, so viele Unwahrheiten, und zwar **bewußt**, denn die „Arbeitgeber-Zeitung“ verfügt über ein Maß wirtschaftlicher Erkenntnis, daß sie die wahren Ursachen der Wirtschaftskrisis kennen muß!

Es ist richtig, daß die Zahl der Betriebseinstellungen sich täglich geradezu katastrophal vermehrt, aber nicht infolge der Arbeitslöhne, sondern infolge der Absatzstockung der aus **überteuertem Material** hergestellten Erzeugnisse. Es sind die **prophezeiten** Folgen der geradezu wüsten Spekulation der **freien** Wirtschaft, als auch des Räubertums der Schwerindustrie an ihren Verbrauchern, der Fertigindustrie! Wird die „A.-Z.“ das bestreiten wollen? Sind die Arbeiter mit ihren, das Existenzminimum kaum erreichenden Löhnen wirklich die Schuldigen? Wer verdreht also wahnwitzig die Wahrheit?

Die Behauptung bezüglich der Erzielung glänzender Gewinne ist also eine Fabel? Darüber zu streiten, ist müßig. Alle Unternehmer, ob klein, ob groß, haben ebenso wie der Handel eine Verdienstperiode gehabt, wie niemals zuvor. Wir verweisen auf unsere Ausführungen vom Sonntag: **Es muß produziert werden,** die zeigen, daß durch eine Kreditunterstützungsaktion die Arbeiterschaft vor der Arbeitslosigkeit bewahrt werden **kann.** Die Banken sind vollgepfropft mit Milliarden, die der **volkswirtschaftlichen** Kapitalbildung entzogen sind. Die Herstellung von **Produktionsgemeinschaften,** denen die Milliardenkredite gewährt werden können, vermögen die Produktion aufrechtzuerhalten, um den Riesenwarenhunger der Welt zu befriedigen. Arbeitslosigkeit in solcher Zeit ist geradezu ein Hohn auf die Vernunft, ist der **Bankrott** der kapitalistischen Wirtschaftsführung. Unsere großen Wirtschaftsführer, die Industriellen und Bankdirektoren, zeigen sich zur Erfüllung der heutigen Wirtschaftsaufgaben durchaus unfähig. Sie haben kein anderes Auskunftsmittel mehr als die Entlassung der Arbeiter, das einfachste und billigste!

Die Herren Unternehmer sind sehr unklug, vor den Wahlen diese Katastrophe hereinbrechen zu lassen und den Bankrott des überholten Wirtschaftssystems der wirtschaftlichen Freiheit auch den politisch ungeschultesten Köpfen mit einem so schweren Hammer einzuprägen. Weil Warenhunger besteht, **weil** Material da ist, hat die Arbeiterschaft das Recht zu fordern, daß produziert wird und kein Arbeiter entlassen werden darf.

—astr.

Wähler! Wählerinnen!

Achtet auf die heutigen Versammlungen!

Rosenthal I. Heute abend 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung bei Bohne, Hauptstraße. Ref.: Genosse Louis Brunner.

Wildau. Heute abend 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung im Kasino. Ref.: Genosse Ed. Bernstein.

Pankow. Heute abend 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung bei Lindner, Breite Straße. Ref.: Genosse Legationsrat Gesandtschaftsattaché Dr. Zechlin.

Friedrichshagen. Heute abend 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung in Konrads Festsälen. Ref.: Genosse Robert Breuer.

Tempelhof. Heute abend 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung im Gymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße. Ref.: Genosse Dr. Striemer.

Charlottenburg. Heute: Oeffentliche Volksversammlung in der Aula der 16. Gem.-Schule, Spreestr. 29. Tagesordnung: Die höchste Gefahr von rechts.

•

Lichterfelde. Mittwoch, den 2. Juni, 7½ Uhr: Oeffentliche Versammlung in der Aula Drakestr. 75. Ref.: Schriftsteller Kurt Heinig: Wählt nicht rechts!

Britz. Mittwoch, den 2. Juni, 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung bei Raddatz, Chausseestr. 39. Ref.: Genosse Ed. Bernstein.

Jugend heraus!

Oeffentliche Versammlung der 20—25jährigen Wähler am Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus „Hackescher Markt“, Rosenthaler Str. 36 (nahe Stadtbhf. Börse). Ref.: Genosse Artur Zickler.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Groß-Berlin.

Groß-Berlin

Ordnung.

Allen „Ordnungsparteien“ ins Stammbuch.

Im Anfang war der Schutzmann. Er schrieb jedem Wesen sein Verhalten vor, auf daß es sich staatsbürgerlich betrage. „Weiter gehen, nicht stehen bleiben, halt! Hier ist die Grenze, über die du nicht hinaus darfst.“

Auch in der Natur, so sagte er sich, herrscht Ordnung. Oder vielmehr, die vom Staat bezahlten Philosophen sagten es ihm. Die Planeten kreisen um die Sonne, die Jahreszeiten regeln das Wachstum der Pflanzen, die Pflanzen und Tiere liefern dem Menschen seine Nahrung. Der Schutzmann verwechselte Harmonie mit Ordnung und fühlte sich daher mit dem lieben Gott identisch.

Als der Schutzmann hörte, daß einige Menschen sich ihre Ordnung selbst schaffen wollten, wurde er zornig. „Ihr lehnt Euch gegen den Staat auf, Ihr seid vaterlandslose Gesellen,“ schrie er. „Rechts gehen, Maul halten, parieren!“ Die Menschen dachten darüber nach, was Ordnung bedeute. Sie hat fast alle gesitteten Völker der Erde dazu geführt, sich gegenseitig zu morden, Länder und Städte zu verwüsten, den Säugling an der Mutterbrust verdorren zu lassen, die Jugend

---

43]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Er wollte sie wohl schonen; die paar Minuten Zeit, die das Flicken des Rechens in Anspruch genommen hätte, wären zehnmal aufgewogen worden, wenn Inger mit auf der Wiese blieb. Nun kam überdies Inger mit dem Rechen so wie er war herbei und begann Heu zusammenzurechen, daß es eine Art hatte. Sivert kam mit Pferd und Heuwagen, alle strengten sich aufs äußerste an, der Schweiß lief ihnen herunter, und das Heu wurde geborgen. Das war ein Meisterstück. Und wieder versank Isak in Gedanken; er dachte an die höhere Macht, die alle unsere Schritte lenkt, von dem Stehlen eines Talers an bis zum Bergen einer großen Menge trockenen Heus. Außerdem lag nun auch das Boot fertig droben; nachdem er ein halbes Menschenalter lang über ein solches nachgegrübelt hatte, lag es nun droben im Gebirgsee. „Ach ja, Herr Gott im Himmel!“ sagte er.

15.

Im ganzen genommen wurde das ein merkwürdiger Abend, ein Wendepunkt; Inger, die seit langer Zeit neben dem Geleise hergegangen war, war durch ein einziges Aufheben vom Boden wieder auf den richtigen Platz gekommen. Keines von ihnen sprach von dem Geschehenen; Isak hatte sich später wegen dieses Talers, der doch nicht viel Geld war, und den er doch herausgeben mußte, weil er ihn dem Eleseus selbst von Herzen gönnte, geschämt. Und gehörte der Taler nicht überdies ebensogut Inger wie ihm? Es kam eine Zeit, da war Isak der von den beiden, der sich demütig zeigte.

Es kamen allerhand Zeiten; Inger hatte also wieder ihren Sinn geändert. Ja, sie änderte sich wieder, gab allmählich ihre Vornehmtuerei auf und wurde wieder eine ernste, freundliche Frau auf einer Ansiedlung. Daß die Fäuste eines Mannes so Großes ausrichten konnten! Aber so sollte es sein, es handelte sich hier um ein starkes, tüchtiges Frauenzimmer, das ein langer Aufenthalt in künstlicher Luft verwirrt gemacht hatte — sie stieß nach dem Manne, der aber zu fest auf seinen Füßen stand. Er hatte seinen natürlichen Platz auf der Erde, auf seinem Grund und Boden, nicht einen Augenblick verlassen. Er konnte nicht weggeschoben werden.

Es kamen vielerlei Zeiten; im nächsten Jahr herrschte Trockenheit, und wahrlich, sie verminderte die Ernte und zehrte an dem Mut der Menschen. Das Korn auf dem Felde verbrannte, die Kartoffeln jedoch — die merkwürdigen Kartoffeln — wurden nicht versengt, sondern blühten, blühten. Die Wiesen sahen allmählich grau aus, aber die Kartoffeln blühten. Eine höhere Macht leitete alle Dinge, aber die Wiesen fingen an grau zu werden.

Da, eines Tages erschien Geißler, der frühere Schultheiß Geißler, endlich kam er wieder. Es war recht schön, daß er nicht tot war, sondern wieder auftauchte. Warum kam er wohl?

Diesmal hatte Geißler allerdings kein großes Gepäck und allerlei Dokumente über Gebirgskäufe und so weiter bei sich, er war im Gegenteil recht einfach gekleidet, sein Haar und Bart waren ergraut und seine Augen rot umrändert. Er brachte niemand mit, der ihm seine Sachen trug, er hatte nur eine Tasche mit Schriftlichkeiten und nicht einmal einen Reisesack bei sich.

„Guten Tag!“ sagte Geißler.

„Guten Tag!“ erwiderten Isak und Inger. „Seid Ihr wieder auf Reisen?“

Geißler nickte.

„Und ich danke auch für den Besuch in Trondheim!“ fügte Inger noch hinzu.

Dazu nickte auch Isak und sagte: „Ja, wir beide sagen schönen Dank dafür.“

Aber Geißler hatte die Gewohnheit, nicht nur Herz und Gefühl zu zeigen, er sagte gleich: „Ich will übers Gebirge nach Schweden hinüber.“

Obgleich die Leute auf dem Hofe wegen der Trockenheit niedergedrückt waren, wurden sie durch Geißlers Besuch doch aufgeheitert; sie bewirteten ihn reichlich; es war eine große Freude für sie, ihn herzlich aufnehmen zu können, er hatte ihnen ja so viel Gutes getan.

Geißler selbst war nicht niedergedrückt; er redete sofort von allen Möglichen, sah auf die Felder hinaus und nickte; o, er war noch immer ganz aufrecht und sah aus, als habe er mehrere hundert Taler bei sich. Mit ihm kam Leben und Aufmunterung ins Haus; nicht daß er gelärmt hätte, aber er führte eine lebhafte Unterhaltung.

„Ein herrlicher Ort, dieses Sellanraa!“ sagte er. „Und jetzt ziehen immer mehr Leute hier herauf, Isak, fünf Ansiedlungen hab ich gezählt, oder sind es noch mehr?“

„Sieben im ganzen, die beiden andern kann man vom Weg aus nicht sehen.“

„Sieben Höfe, sagen wir fünfzig Menschen. Die Umgebung hier wird allmählich dicht bebaut. Habt ihr nicht auch schon eine Schulgerechtigkeit und eine Schulstube?“

„Dach.“

„Das hab ich gehört. Ein Schulhaus auf Bredes Grundstück, weil das mehr in der Mitte liegt. Also, Brede ist ein Ansiedler geworden!“ Geißler lachte verächtlich. „Von dir hab ich reden hören, Isak, du bist der Meister hier. Das freut mich. Du habest jetzt auch ein Sägewerk?“

„Ja, so wie es eben ist. Aber ich fahre gut dabei. Und ich hab auch schon öfters einen Balken für die da unten gesägt.“

„So soll es sein!“

„Es würde mich freuen, zu hören, was Ihr darüber sagt, Herr Schultheiß, wenn Ihr mitgehen und das Sägewerk ansehen wolltet.“

Geißler nickte, wie wenn er ein Fachmann wäre, und sagte, das wolle er gerne tun, ja er werde sich das Sägewerk ansehen und alles genau betrachten. Er fragte: „Du hast doch zwei Jungen, wo ist denn der andere? In der Stadt? Auf einem Bureau? Hm!“ sagte Geißler. „Aber dieser dort sieht aus wie ein Prachtkerl! Wie heißt du?“

„Sivert.“

„Und der andere?“

„Eleseus.“

„Und auf so einem Ingenieurbureau ist er? Was lernt er denn dort? Das ist nur Hungerleiderei. Er hätte zu mir kommen können,“ sagte Geißler.

„O ja,“ versetzte Isak, nur um sich höflich zu zeigen. Geißler tat ihm leid. O, der gute Geißler sah nicht aus, als könne er sich jetzt ohne fremde Hilfe halten, er hatte es vielleicht jetzt allein schwer genug, sein Rock war ja an den Handgelenken geradezu ausgefranst.

„Möchtet Ihr nicht ein Paar trockene Strümpfe anziehen?“ fragte Inger, indem sie ein Paar von ihren eigenen neuen herbeibrachte, ein Paar gereifelte und dünne aus ihren eigenen vornehmsten Tagen.

„Nein, danke,“ sagte Geißler kurz, obgleich er gewiß triefnaß war.

„Er hätte lieber zu mir kommen sollen,“ sagte er von Eleseus. „Ich könnte ihn sehr notwendig brauchen,“ sagte er, indem er eine kleine silberne Tabaksdose aus der Tasche zog und damit spielte. Das war vielleicht das einzige Prachtstück, das er von früher her noch besaß. (Forts. folgt.)

zu vergiften, Bruder gegen Bruder aufzuhetzen. Im Namen der Ordnung wurde der Besitzende noch fetter, der Besitzlose noch ärmer, als er zuvor gewesen.

„Ordnung", so sahen die Erkennenden, ist das Lügenschild, hinter dem sich alles Verbrechen der Welt verbirgt. „Ordnung" ist der verlogene Vorwand, den Schwächeren zu knechten.

„Ordnung", schrien sie voll Empörung, „künden zwar eure Lippen. Aber im Herzen meint ihr Unterordnung".

Als der Schutzmann erkannt hatte, daß mit den Lebenden nichts mehr anzufangen sei, änderte er seinen Beruf und wurde Totengräber. Da wandelt er nun die Reihen der Gräber entlang, die in schönem Abstand voneinander, allwohl numeriert, aufs peinlichste Ordnung halten. Es ist fast ein Parademarsch der Toten, denkt er sich. Schade nur, daß man sie nicht mehr anschnauzen kann. Lucian.

Gemeindewähler von Groß-Berlin!

Seht die Wählerlisten nach!

Für die ersten Gemeindewahlen der erweiterten Stadtgemeinde Berlin, d. h. für die Wahlen zur gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung und zu den einzelnen Bezirksversammlungen, werden jetzt die folgenden Richtlinien von der zuständigen Stelle veröffentlicht:

Wegen der Papiernot hat der leitende Wahlkommissar die Verwendung des Hauptstückes der Reichstagswählerliste zu den Wahlen der Stadtverordneten und Bezirksverordneten angeordnet. Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen finden an demselben Tage, am 20. Juni, in einem Wahlgange statt.

Wahlberechtigt

zu beiden Wahlen sind alle Einwohner der neuen Stadtgemeinde Berlin (auch Soldaten), die am 30. Mai 1920 im Besitze des Bürgerrechts sind und am gleichen Tage ein Jahr in einer oder in mehreren zur neuen Stadtgemeinde Berlin gehörenden Gemeinden wohnen. Wahlberechtigt sind also auch Personen, die zum Beispiel 8 Monate in Neukölln, im Anschluß daran 6 Monate in Schöneberg und 3 Monate in der jetzigen Stadtgemeinde Berlin ihren Wohnsitz gehabt haben. Ferner sind bei den erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin rentenempfangende Kriegsbeschädigte, heimgekehrte Kriegs- und Zivilgefangene, sowie Flüchtlinge aus den verlorenen oder besetzten Gebieten wahlberechtigt, wenn sie im neuen Berlin wohnen, auch wenn die Ansässigkeitsfrist noch nicht erreicht ist, und zwar wahlberechtigt in der Gemeinde des Wohnortes. Für einen solchen Wähler ist auf seinen Antrag von der Gemeindebehörde seines Wohnortes (für Berlin beim Wahlbureau, Stralauer Straße 44/45) ein Wahlschein auszustellen. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines ist auf Erfordern glaubhaft zu machen.

Die

Die Wählerlisten

liegen in der Zeit vom 30. Mai bis zum 8. Juni öffentlich aus. In Berlin in folgenden sechs Auslagestellen, und zwar in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends: 1. in der Turnhalle der Gemeindeschule Hinter der Garnisonkirche 2, 2. in der Turnhalle der Gemeindeschule Gerhardtstr. 5, 3. in der Turnhalle der Gemeindeschule Antonstr. 36/41, 4. in der Turnhalle der Gemeindeschule Danziger Str. 23, 5. in der Turnhalle der Gemeindeschule Fruchtstr. 38, in der Turnhalle der Hilfsschule Brandenburgstr. 78/79. Die Wählerlisten für die Gemeinde Berlin-Stralau, die zum Bezirk 5 gehört, liegen in Berlin-Stralau, Alt-Stralau 50/51, aus. Trotz etwaiger schon vorher erhaltener Aufforderung durch das Wahlbureau, den Nachweis des einjährigen Wohnsitzes zu erbringen, kann jeder bis zum 3. Juni cr. (in Berlin bis 7 Uhr nachmittags in den Auslagestellen und im Wahlbureau) seine Nachtragung beantragen. Die Auslagestellen sind außerdem öffentlich durch Säulenanschlag und in den Tageszeitungen bekanntgemacht und eventuell beim Magistrat, Gemeindeverwaltung usw. (Wahlbureau) telephonisch zu erfragen. Nach dem 3. Juni 1920 können Einsprüche nicht mehr angebracht und Nachtragungen nicht mehr beantragt werden.

Wir erfahren, daß sogleich bei der ersten Durchsicht der seit 30. Mai zur Prüfung ausgelegten Gemeindewählerlisten eine ganz außerordentlich große Zahl von tatsächlich Gemeindewahlberechtigten ermittelt worden ist, die man wegen Nichterbringung jenes Nachweises gestrichen hat. Von Tempelhof z. B. wird uns gemeldet, daß dort etwa 2500 Personen aus diesem Grund ihr Gemeindewahlrecht einbüßen werden, wenn sie nicht schleunigst bis zum Schluß der Listenauslegung, d. h. nur noch bis zum 3. Juni, unter Beibringung amtlicher Papiere, ihre mindestens einjährige Ansässigkeit innerhalb Groß-Berlins beweisen und nachträgliche Aufnahme in die Gemeindewählerliste beantragen. Wir wiederholen daher unsere bereits veröffentlichte Mahnung,

unverzüglich die Gemeindewählerlisten zu prüfen,

und raten das besonders dringend denjenigen Gemeindewählern, die jener an sie ergangenen Aufforderung nachzukommen unterlassen haben. Zur Begründung nachträglicher Aufnahme in die Gemeindewählerliste kann als Nachweis des Wohnsitzes der Mietvertrag, die letzte Steuerquittung oder die polizeilich bescheinigte Wohnungsanmeldung dienen. Der Nachweis einjähriger Ansässigkeit in Groß-Berlin wäre durch entsprechend weit zurückliegende Mietverträge, Steuerquittungen oder Wohnungsanmeldungen zu führen, wenn die betreffenden Wahlberechtigten nicht noch rechtzeitig sich ausdrückliche Bescheinigungen aus den einzelnen Gemeinden Groß-Berlins verschaffen können, in denen sie während des letzten Jahres ansässig waren.

Schließlich sei noch hervorgehoben, daß alles, was hier über die Ansässigkeit gesagt ist, nur für die Gemeindewahlen gilt. Für die am 6. Juni stattfindenden Reichstagswahlen kommt die Ansässigkeitsdauer überhaupt nicht in Betracht.

Schwierigkeiten bei der Wahlkampfarbeit.

Die aufopferungsvolle Arbeit unserer Genossen, die sich im Wahlkampf hingebungsvoll durch Flugblattverteilen und Plakatankleben betätigen, hat noch oft mit Schwierigkeiten zu kämpfen. So wird wiederholt Klage darüber geführt, daß die Verteiler von Flugschriften, Broschüren usw. an der Ausübung ihrer Tätigkeit von Organen der Polizei gehindert werden. Auf Anfrage teilt uns die zuständige Stelle des Polizeipräsidiums mit: Alle gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Verteilung von Flugschriften aller Art sind mit Beginn der Wahlperiode außer Kraft getreten. Bisher war es üblich, daß die Vertreiber von Druckschriften gleich welcher Art mit einem Erlaubnisschein vom Polizeipräsidium versehen sein mußten, die der Kontrolle unterlagen. Diese Maßnahmen treten für die Wahlzeit ebenfalls außer Kraft und es ist allen Parteiorganisationen gestattet, Druckschriften auf öffentlichen Plätzen und Straßen verteilen zu lassen, sofern sie nicht die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden.

*

Weiter wird uns von der Heldentat eines Gastwirts berichtet, der sich als früherer Preisringer kraftvoll im Abreißen von Plakaten betätigt. Es handelt sich um den Gastwirt Willi Haus, Liegnitzer Str. 42, bekannt als früherer Ringkämpfer. Der starke Mann glaubte wohl, aus den Reihen der Zuschauer Beifall für seine Kraftanwendung zu erhalten. Das Gegenteil trat ein, die immer größer werdende Zahl der umstehenden Passanten verurteilte ganz entschieden dieses Gebaren, und geknickt mußte der Heldenmütige mit seiner Leiter von dannen ziehen.

*

Von anderer Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß anscheinend Schulkinder mit roter Farbe Hakenkreuze auf die Bedürfnisanstalten malen, so neuerdings auch auf dem Hohenzollernplatz in Wilmersdorf. Wo bleibt hier die republikanische Polizei, um die gar nicht zweifelhafte Quelle festzustellen, die die Bürschlein zu dieser Schmiererei ermutigt? Eine Tracht Prügel wäre hier nicht so ohne, wovon ein agitatorisches Fräulein ein Lied zu singen wüßte, das ihr weißes Kleid mit Hakenkreuzen bestickt hatte. Eins saß herausfordernd hinten drauf, an der prominentesten Körperstelle. Na ja, da soll es dunkel gewesen sein.

Ein Siebzigjähriger.

In voller körperlicher Frische und geistiger Regsamkeit vollendet heute am 1. Juni Genosse Karl Kirschnick sein siebzigstes Lebensjahr. Seit dem Jahre 1875 politisch und seit 1885 gewerkschaftlich organisiert, hat er stets treu zur Arbeiterbewegung gestanden und ihr seine ganze Kraft gewidmet. Ganz besonders galt seine Arbeit der Gewerkschaftsbewegung. Auf diesem Gebiet hat er sich denn auch unstreitbar große Verdienste erworben. In Gemeinschaft mit anderen gleichgesinnten Kollegen gründete er Ende 1892 mit Hilfe des Berliner Vereins der Maschinisten und Heizer den Zentralverband der Maschinisten und Heizer und hat heute die Freude, mit Stolz auf sein gelungenes Lebenswerk sehen zu können. Ungeachtet der großen Schwierigkeiten, die sich der jungen Organisation besonders in den ersten Jahren entgegenstellten, steuerte er als Vorsitzender und später als Redakteur des Fachorgans das Schiff des Verbandes zielsicher vorwärts auf richtiger Bahn. Aber auch im politischen Leben hat Karl Kirschnick stets seine Pflicht erfüllt und dankbar gedenken die Genossen seiner Abteilung der lehrreichen und unterhaltsamen Stunden, die ihnen unser Veteran durch seine Vorträge schon verschafft hat. Im kommunalen Leben Berlins hat Genosse Kirschnick sich seit vielen Jahren als Mitglied der Armen- und Steuerkommission seines Bezirks sich selbstlos betätigt und dabei stets die Interessen der Bedürftigen wahrgenommen. So bringen wir daher unserem unermüdlichen Genossen zu seinem siebzigsten Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche dar und wünschen ihm besonders noch viele Jahre erfolgreichen Schaffens im Dienste der Arbeiterbewegung.

Verlegung der Juristischen Sprechstunde.

Von heute ab wird die Juristische Sprechstunde Montag bis Freitag von 3—6 Uhr, Sonnabend von 3—5 Uhr abgehalten.

Zur Beamten-Demonstration im Rathause, über die wir kürzlich berichteten, ersucht uns der „Zentrale Ausschuß der Hilfskräfte des Magistrats Berlin" mitzuteilen, daß mit dieser Demonstration die städtischen Bureauhilfskräfte nichts zu tun haben, sondern daß es sich um Festangestellte, d. h. Beamte des Berliner Magistrats handelt. Weshalb der genannte Ausschuß, wie er uns schreibt, diese Meldung als Tendenzmeldung ansieht und weshalb die durch ihn vertretene Gruppe sich dadurch in ihrem Ansehen benachteiligt fühlt, ist für uns allerdings unerfindlich.

Der neue Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion ist seit heute früh in Kraft getreten. Da die meisten Abfahrtzeiten der von Berlin abgehenden Züge geändert sind, empfiehlt sich genaue Einsichtnahme in die neuen Fahrpläne.

Die Kirschenernte in Werder hat eingesetzt. Heute kommt der erste Kirschendampfer der Obstzüchterei-Genossenschaft am Lustgarten in Berlin an. Vom frühen Morgen sind lange Reihen Obstwagen der Märkischen Obstkammer unterwegs, die von den Grundstücken die Früchte zur Dampferanlage schaffen.

Der Familienmord in Birkenwerder, über den wir gestern berichtet, ist noch nicht aufgeklärt. Am gestrigen Montag traf in Birkenwerder eine aus Vertretern der Oranienburger Staatsanwaltschaft bestehende Gerichtskommission ein, die sich nach dem Fundort der drei Leichen begab. Eine eingehende Untersuchung des Tatortes führte zur Auffindung einer Patronenhülse eines 7,65 kalibrigen Browonings. Die Hülse lag bei den Kinderleichen. Die weitere Untersuchung führte zu dem Ergebnis, daß wahrscheinlich ein fingierter Raubmord vorläge. Man fand bei der Frau weder einen Ehering noch eine Handtasche. Dagegen lag bei den Kindern ein Portemonnaie mit herausgerissenen Zweimark- und Einmarkscheinen. Nach dem ganzen Befund neigt man der Ansicht zu, daß der Gatte und Vater die Tat verübt hat und zur Verwischung der Spuren einen Raubmord vorgetäuscht hat. Irgend welche Ausweispapiere oder sonstige Zeichen, die zur Ermittlung der Personalien führen könnten, konnten nicht gefunden werden. Nur das Mädchen führte ein Taschentuch mit dem Buchstaben P. bei sich. Die Leichen wurden am Fundort photographiert und dann nach der Birkenwerder Leichenhalle überführt.

Die Strafen für unrechtmäßige Benutzung höherer Wagenklassen sind erhöht worden. Bekanntlich sieht die Eisenbahnverkehrsordnung für die widerrechtliche Benutzung einer höheren Wagenklasse die Erhebung des doppelten Betrages des Fahrpreises in der betreffenden Wagenklasse vor, die der Reisende benutzt hat. Dieses sogenannte erhöhte Fahrgeld mußte mindestens aber sechs Mark betragen. Bei den Fernzugreisen kommen widerrechtliche Benutzungen höherer Klassen durch Reisende mit Fahrkarten 3. und 4. Klasse nur in sehr vereinzelten Fällen vor. Nur auf den Vorort-, Stadt- und Ringbahnstrecken, wo eine Kontrolle nur durch Stichproben in wenigen Zügen möglich ist, fahren besonders bei starkem Andrange viele Reisende mit Fahrkarten 3. Klasse in der zweiten, weil sie, wenn sie wirklich betroffen werden, die sechs Mark als wenig fühlbare Strafe in den Kauf nehmen. Um nun aus dem erhöhten Fahrgeld wieder ein Abschreckmittel vor Betrugsversuchen der Eisenbahn gegenüber zu machen, hat sich die Regierung mit der Erhöhung dieses Satzes auf 20 Mark einverstanden erklärt, so daß schon in kürzester Zeit mit der Einführung des neuen Satzes zu rechnen ist. Gleichzeitig wird auch eine verschärfte Kontrolle der Vorortzüge durchgeführt, so daß das erhöhte Fahrgeld auch wirklich eine Strafe für die Betroffenen wird.

Preiserhöhung für niederschlesischen Schmelzkoks. Infolge der vom Reichskohlenrat beschlossenen Erhöhung der Erzeugerpreise für niederschlesischen Schmelzkoks muß der Kohlenverband Groß-Berlin im Ausmaß dieser Erhöhung den Kleinverkaufspreis für niederschlesischen Schmelzkoks für das Gebiet des Kohlenverbandes — rückwirkend ab 4. Mai 1920 — auf 80,65 Mark für den Zentner frei Keller festsetzen. Der Kohlenverband hat, wie er mitteilt, keine Möglichkeit, diese neue wesentliche Verteuerung des für den Hausbrand in Groß-Berlin unentbehrlichen niederschlesischen Schmelzkokses zu verhindern, die zu einer weiteren beträchtlichen Verteuerung der Zentralheizungskosten in Groß-Berlin führen muß, da die Bewilligung der erhöhten Erzeugerpreise automatisch zu einer Heraufsetzung der Kleinverkaufspreise zwingt.

Der mitgenommene Wilhelm. Sie können sich von ihm nicht trennen, die Beamten des 87. Polizeireviers in Berlin. Denn als sie vor kurzem von der Katiborstraße nach der Schlesischen Straße umzogen, nahmen sie ihn, d. h. sein Bild natürlich, mit sich. Was wäre wohl mit Beamten unter Wilhelm II. geschehen, die ohne Bebels Bild nicht zu arbeiten vermocht hätten? Langmut, dein Name ist Republik!

General-Mieterrat. Zur Besprechung über den Zusammenschluß werden die Mieterräte zum Mittwoch, den 2. Juni, und zum Montag, den 7. Juni, je abends 7 Uhr nach dem Vereinssaal, Potsdamer Straße 123a, 3 Treppen, vom Bund zur Behebung der Wohnungsnot eingeladen. Tagesordnung: Gesetzliche Anerkennung, Verbot der Verschleuderung deutschen Eigentums an Ausländer, Kommunalisierung des Grundbesitzes, Einheitliche Instandhaltung der Wohnungen, Versorgung der Mieter mit Brennstoffen. Alle gewählten Mieterräte werden um Einsendung ihrer Adressen ersucht.

Gegen die Parteien der Schulreaktion gibt morgen Dienstag, den 1. Juni, 7 Uhr, in einer öffentlichen Volksversammlung in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstr. 13, der „Bund entschiedener Schulreformer" die Losung aus. Es sprechen Angehörige aller Linksparteien, von den Demokraten bis zu den Kommunisten, u. a. Prof. Oestreich, Dr. Kamnitzer, Lydia Stöcker, Minna Cauer, Dr. Müller, Oberlehrer Tessendorff, Dr. Ostrowski.

In der Deutschen Friedensgesellschaft und Bund „Neues Vaterland" spricht Graf Harry Kessler heute Dienstag, abends 7½ Uhr, im Werner-Siemens-Gymnasium, Schöneberg, Hohenstaufenstr. 48, über „Außenpolitik und Völkerbund" und am Mittwoch in den Sophiensälen, Sophienstraße 17, über die „Arbeiter und der Völkerbund".

Charlottenburg. In der letzten Stadtverordnetenversammlung bildete den Hauptgegenstand die Neuregelung der Besoldung der städtischen Beamten und Angestellten sowie eine Vorlage über das Mitbestimmungsrecht der letzteren. Die Vorlagen wurden einem Ausschuß überwiesen, der zur Vermeidung jeder Verzögerung jedenfalls die Vorlage bis zur nächsten Sitzung bereits durchberaten und zur Annahme reif gemacht haben wird. Unserer Fraktion gelang dann noch die Durchsetzung eines Antrages, daß 30 000 M. zu Freifahrten auf der Stadtbahn den Kriegsblinden und Doppeltbeinamputierten bewilligt wurden, wodurch eine schon lange die Kriegsbeschädigten bewegende Frage zunächst zu

---

Die Partei der Kultur.

Von Richard Lohmann.

Es war einmal ein nachdenklicher Mann — die kommen bekanntlich im Märchen häufiger vor als in der Wirklichkeit —, der wußte nicht, für welche Partei er bei den Wahlen seine Stimme abgeben sollte —, und das soll ja in der Wirklichkeit noch häufiger vorkommen als in Märchen.

Aber er hatte seinen besonderen Grund dazu. Er war ja ein nachdenklicher Mann. Und er hatte insbesondere darüber nachgedacht, ob denn die wilde Hetz nach Geld und Verdienen und nachmals Verdienen, die nun vier Kriegsjahre und zwei Revolutionsjahre lang die Volksgenossen rundum in Atem hielt, wirklich des Lebens letzter Endzweck sei. Oder ob der Schrei nach Gold vielleicht doch zu Unrecht die feine, leise Stimme übertönte, die da tief innen irgendwo leise klagte nach einem Leben voll Schönheit, voller Licht und voller Klang — die Stimme einer gefangenen Menschenseele, die aus dem Kerker wirtschaftlicher Not sich herausfehnte, nicht nach Palästen und brechenden Tafeln und Edelgestein, sondern nach einem Stübchen voll Sonnenschein, nach einer Stunde der Muße zur Arbeit für sich selbst und an sich selbst, nach innerer Befreiung und Erhebung.

Und unser nachdenklicher Mann gehörte zu den Leuten vom Orden des Entweder—oder. Jenen beneidenswerten — oder beklagenswerten — Leuten, die für alles gleich eine Formel, eine runde, nette, schlichte Formel bei der Hand haben. Die lautete in diesem Fall: Wirtschaftliche oder kulturelle Ziele? Und er entschied sich für die kulturellen.

So war er denn also nun auf der Suche nach einer Partei, einer einzigen Partei mit solchen Endzielen und einem solchen Programm. Auf der Suche nach der Partei der Kultur.

Und das war eine schwierige Sache. Parteien, die ihren Wählern Berge voll Gold versprechen, gab's wohl genug — aber Kultur? Wo stand etwas vom Wissensdurst und Bildungshunger statt vom Essen und Trinken — wo etwas vom Recht auf Erkenntnis, vom Recht auf Schönheit, vom Recht auf Freude, auf Erhebung, statt vom Recht auf Verdienen? Von allen Anschlagsäulen und Häuserwänden schrien es die Plakate: Komm zu uns, bei uns kannst Du am meisten verdienen! Flugblätter zu Dutzenden verkündeten es als letzte Weisheit: Wenn wir ans Ruder kommen, wirst Du — der Bauer, der Bürger, der Handwerker — die erste Geige spielen und der reichste Mann im Lande sein.

Aber das alles wollte er ja gar nicht wissen. Die Partei der Kultur war nicht dabei. Und so hatte er sich denn fest vorgenommen, überhaupt keine Flugblätter und keine Plakate mehr zu lesen.

Da saß er eines Tages auf einer einsamen Bank im Park am Rande der großen Stadt, dort, wo die Mietskasernen sich eben noch über die Baumwipfel emporrecken, und dachte gerade wieder darüber nach, wie häßlich das Grau der Steinkästen zu dem frischen Grün des Parkes stände, wie nahe doch manchmal das Elend neben der Schönheit wohnte — da trat aus dem nächsten Gebüsch, wie aus der Erde gezaubert, ein kleiner Kerl auf ihn zu und legte ihm einen winzigen Zettel aufs Knie, nicht größer als ein Dumpenfunfziger, lachte und sagte: „Ein Flugblatt für Nachdenkliche" und verschwand.

Auf dem Zettel aber stand weiter nichts gedruckt als die seltsamen Worte:

„In Gegensatz zu anderen Waren enthält die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Karl Marx."

Also wieder die wirtschaftliche Frage! Oder doch nicht? Waren, Arbeitskraft, allerdings. Aber: die Wertbestimmung der Arbeitskraft enthält ein moralisches Element? Das war in der Tat etwas für Nachdenkliche.

Die Arbeitskraft — richtig, wir verkaufen sie an andere. Wir leben davon, aber die anderen auch. Und besser als wir. Sie wollen je verdienen an unserer Arbeitskraft. Aber in dieser Arbeitskraft steckt ein moralisches Element. Steckt das Recht des Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein. Steckt alles Sehnen des Menschen nach Freiheit vom Joch, nach Muße, nach Bildung, nach Schönheit, nach Freude. Steckt das kulturelle Bedürfnis. Das verkauft er mit seiner Arbeitskraft.

Blitzschnell durchfuhr es ihn: Hier ist die Brücke zwischen wirtschaftlichem und kulturellem Bedürfnis. Seine Formel, sein Entweder—oder hatte ein Loch. Es gab eine Verbindung zwischen beiden.

Freilich — noch waren sie getrennt. Standen sich als feindliche Brüder gegenüber. Solange der eine Mensch die Arbeitskraft des anderen kauft, will er sie möglich billig kaufen. Will er das verdammte, „moralische Element", das da drin steckt, möglichst herunterdrücken. Das kulturelle Bedürfnis kann sich erst frei entfalten, wenn die wirtschaftliche Befreiung erreicht ist. Wenn kein Mensch mehr seine Arbeitskraft zu verkaufen braucht.

So ist also die freie Entfaltung und die Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der eigentliche Zweck des Kampfes um wirtschaftliche Befreiung. Das „moralische Element", die Sehnsucht nach Wissen, nach Freude, nach Schönheit ist der Motor der Bewegung, deren Ziel zunächst die Befreiung der Arbeit vom Fluche ihrer Ausbeutung ist.

Eine Partei, die dieses Ziel nicht will, will das Glück nur für ein paar Menschen. Für ihre Geldgeber. Für die Käufer der Ware Arbeitskraft.

Nur wer die Arbeitskraft vom Fluche des Warendienstes erlösen will, der will das „moralische Element" in ihr befreien, der will das Glück, die Kultur für alle Menschen. Nun auf einmal wußte er's, unser nachdenklicher Mann: **Die Sozialdemokratie ist die Partei der Kultur.**

einem kleineren Teil befriedigend gelöst wird. Dem allgemeinen Gelächter verfiel ein Antrag der bürgerlichen Fraktion, der eine Aufstellung der Schäden verlangte, die durch den Generalstreik in den Kappjagen der Gemeinde erwachsen sind.

Die Elternbeiratswahlen in Charlottenburg. Die Wahlbeteiligung war sehr schlecht; ein großer Prozentsatz der Wähler hat überhaupt gefehlt. Nach den vorläufigen Resultaten — von vielen Schulen steht das Ergebnis noch aus — haben die S. P. D. 68 Mandate, die U. S. P. D. 120 Mandate, die Christlichen 35 und die Bürgerlichen (Unpolitischen) 70 Mandate.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Kinder im Alter von 6—7 Jahren sind infolge der Verhältnisse im letzten halben Jahr ohne jeglichen Milchgenuß geblieben. Nunmehr soll auf den Abschnitt A I der Magermilchkarten in den nächsten Tagen eine Belieferung mit ¼ Liter Milch erfolgen. Bezugsberechtigte müssen sich umgehend bei ihrem Milchhändler melden.

Reinickendorf. 7 Pfund Kartoffeln. Als Kartoffelersatz auf 22 d der Reinickendorfer Kartoffelkarte ½ Pfund ausländische Bruchbohnen.

Alt-Glienicke. 1 Pfund Erbsen, ½ Pfund Maisflocken, 1 Pfund Marmelade, ½ Pfund Nudeln. Auf Kartoffelkarten 5 Pfund Kartoffeln und ½ Pfund Kartoffelmehl. Auf Nahrmittelkarten ½ Pfund Haferflocke. Für Kriegsbeschädigte 1 Pfund Zerealienmehl.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 1. Juni:

7. Abt. Abends 10 Uhr bei Siegmund, Blücherstr. 37a. Zweite Klebekolonne am 2. Juni, abends 7½ Uhr, bei Siegmund, Funktionärkonferenz, und anschließend um 10 Uhr erste Klebekolonne. Wer Pinsel und Klebestoff zu Hause hat, mitbringen.

9. Abt. Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute 7 Uhr Erdmannshof, Rottbuser Ufer 39. Regelung der Wahlarbeit.

15. Abt. 8 Uhr Funktionärsitzung bei Grohe, Blumenstr. 68.

19. Abt. 7 Uhr, bei Harwart, Mirbachstr. 24, Versammlung sämtlicher Parteifunktionäre sowie Bezirksführer, Betriebsräte und Vertrauensleute. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen".

33. Abt. 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Schenk, Swinemünder Straße 53.

45. Abt. 8 Uhr wichtige Bezirksversammlungen bei Pose, Kolonienstraße 15, und im Patzenhofer, Schwedenstr. 11a.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Von 6—8 Uhr Ausgabe von Plakaten und Flugblättern im Lokal von Rehnelt, Blumenstraße, Ecke Schillingstraße (nicht Buchdruckerei Ansbach). — **Ortsgruppe Lichtenberg.** 7½ Uhr bei Schlenkrich, Simplonstr. 43, Vortrag des Genossen Lepinski über „Utopischer Sozialismus". — **Ortsgruppe Tempelhof-Mariendorf.** Abends 7½ Uhr in Buses Sängerheim, Schillerabend. — Genossen, die für unsere Wählerversammlung agitieren helfen, treffen sich um 6 Uhr in der Buchdruckerei Ansbach, Grüner Weg 1.

Achtung, Verwaltungsbeamte! Nachmittags 4½ Uhr im Restaurant „Wilhelmshof", Spiegelsaal, Anhaltstr. 12, Versammlung aller Beamten und Angestellten des Reichsministeriums des Innern, des Reichsverkehrsministeriums, des Reichsausgleichsamts, des Landwirtschafts-, Handels- und Wohlfahrtsministeriums, der Generalkriegskasse und der Generalmilitärkasse, des Hauptkrankenbuchlagers, der Reichsdruckerei und der Reichsbank. Tagesordnung: Die Beamtenschaft und die kommenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Stadtrat Ritter.

Achtung, Eisenbahner! Nachmittags 5 Uhr im Luisenstädtischen Gymnasium, Oranienstr. 180, Versammlung der Beamten, Hilfs- und Aushilfsbeamten der Ueberwachungsabteilung. Tagesordnung: Sozialismus und Beamtenschaft. Referent Genosse Riesstadt vom R. F. V.

Achtung, Beamte! 7½ Uhr in Oberschöneweide, Zeppelinstr. 13, Realgymnasium, Versammlung sämtlicher Beamten, Lehrer und Angestellten von Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal, Adlershof, Treptow und Alt-Glienicke. Tagesordnung: Die Beamtenschaft und die kommenden Wahlen. Referent Genosse Lehrer Hehn.

Charlottenburg. 14. Gruppe bei Arndt, Kantstr. 51, 7½ Uhr, Extra-Zahlabend.

Schöneberg. 7½ Uhr, in der Schule Feurigstraße, Sitzung des erweiterten Vorstandes, der Bezirksführer und Kassierer, der Betriebsvertrauensleute, Elternbeiräte sowie sämtlicher Parteifunktionäre.

Steglitz. 8 Uhr Sitzung der Bezirksführer bei Clement, Dibbelstr. 7. Mittwoch, abends 8 Uhr, in allen Bezirken Bezirksabend.

Neukölln. Funktionärsitzung 7 Uhr Kindl-Brauerei, Hermannstraße 214.

Tempelhof. 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums in der Kaiserin-Augusta-Straße, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Dr. Alfred Siriemer über „Die Reichstagswahl".

Potsdam. 8 Uhr im Café Bismarck, Waisenstraße, öffentliche Frauenversammlung. Genossin Oberlehrerin Tanten-Spandau wird über „Die Frau und die Reichstagswahl" referieren. — Mittwoch bei Becker, Lindenstraße, Wahlvereinsversammlung.

Morgen, 2. Juni:

Achtung, Beamte!

Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte! Um 7 Uhr finden für vorgenannte Beamte vier große öffentliche Versammlungen in folgenden Lokalen statt: Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13, Hohenzollernsäle, Moabit, Bandelstr. 35/36, Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, Happoldts Brauerei, Hasenheide 32/38. Tagesordnung in allen Versammlungen: Wie stellt sich die Beamtenschaft zu den kommenden Reichstagswahlen? Wir bitten alle Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter von allen Behörden, in diesen Versammlungen zahlreich zu erscheinen.

Der Beamtenwerbeausschuß der S. P. D.

1. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Auguststraße 68. Tagesordnung: Vortrag der Stadtverordneten Frauenärztin Dr. Bugodzinski: „Klar zum Gefecht".

3. Abt. Alle Funktionäre und Wohlfahrter 7 Uhr bei Kracht, Lützowstraße 106, zur Entgegennahme von Mitteilungen.

5. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Leusner, Hagelberger Str. 20.

10. Abt. 7 Uhr in der Schulaula Reichenberger Straße, Ecke Forster Straße, außerordentliche Versammlung. Genossen, die verhindert sind zu erscheinen, aber am Sonntag, den 6. Juni, Wahlhilfe leisten wollen, werden gebeten, dies beim Wahlleiter zu bestellen.

14. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Stehbierhalle des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15. Referent: Genosse Krokle.

16. Abt. 7 Uhr beim Genossen Schukert, Rüdersdorfer Str. 3, Sitzung sämtlicher Funktionäre.

35. Abt. 7 Uhr Sitzung der Partei- und Betriebsvertrauensleute mit der Wahlkommission bei Beyle, Gerichtstr. 12.

42. Abt. 7 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Uinehmer, Samoastraße, Ecke Triftstraße. Einteilung zur Wahl.

Schwerhörigengruppe. 7 Uhr Versammlung in der Taubstummenschule Markusstr. 49, Hof links, 2 Treppen. Tagesordnung: Bericht von der Schwerhörigen-Ausstellung in Dresden. Schwerhörige Parteigenossen, Gewerkschaftler und Vorwärtsleser sind hierzu freundlichst eingeladen.

Gruppe Moabit (37.—41. Abt.). 7 Uhr Konferenz aller Funktionäre und Betriebsvertrauensleute in der Patzenhofer Brauerei, Turmstraße, Ecke Stromstraße, weißer Saal.

Charlottenburg. In sämtlichen Gruppen Extra-Zahlabend. Das Erscheinen aller Parteigenossen und -genossinnen ist dringend notwendig.

Neukölln. Extra-Bezirksversammlungen 7½ Uhr. 1. Abt. Bezirk 1—11 und 22. Richter, Mayhach-Ufer 5; Neugebauer, Hobrechtstr.; Schmidt, Spremberger-, Ecke Bürknerstraße; Brandt, Pflügerstraße; Beck, Reuterstr. 46; Löschke, Hobrechtstr. 20; Warncke, Nansenstr. 1, Muschke, Friedelstr. 7. 2. Abt., Bezirk 12—14, 16—21, 23 und 29. Rose, Lommerstr. 54; Schweighöfer, Weichselstr. 39; Prüfert, Fuldastr. 44; Schittler, Weichselstr. 5; Poddielski, Weichselstr. 2; Marienfeld, Kaiser-Friedrich-Straße 226; Kukenbeck, Reuterstr. 15. 3. Abt., Bez. 24—28, 36—39. Labneit, Wilhmannstr. 20; Marquardt, Mahlower Str. 11; Ramin, Mainzer Str. 12; Sauer, Reuterstr. 80; Schmidt, Münchener Str. 28. 4. Abt., Bezirk 15, 30—35, 45—47, 63—64. Ewald, Weserstr. 172; Dürre, Wildenbruchstraße 81; Gerecke, Harzer Straße 32; Bergmann, Kaiser-Friedrich-Str. 196; Grunert, Donaustr. 99; Bölke, Anzengruberstraße 25; Prätzel, Roseggerstr. 17; Schneider, Rosenstr. 7. 5. Abt., Bezirk 60—62, 74—80. Ruppelt, Kaiser-Friedrich-Str. 172; Belzer, Treptower Str. 23; Kellert, Kaiser-Friedrich-Str. 88; Münnow, Kaiser-Friedrich-Str. 122; Amelungsen, Schwarzastraße 1; Schmidt, Saalestr. 1; Künzel, Mareschstraße. 6. Abt., Bez. 40—41, 50—53, 63—69. Müller, Schillerpromenade 29; Bangemann, Herrfurthstr. 27; Schuhmacher, Steinmetzstraße 56; Taubert, Weisestr. 23; Wall, Allerstr. 7; Köhl, Schillerpromenade 27; Kurzke, Leinestr. 1. 7. Abt., Bez. 42—44, 48, 49, 54—59, 65. Grawunder, Herrfurthstr. 1; Hentschel, Boddinstr. 58; Buchheister, Boddinstr. 4; Rückert, Richard-, Ecke Bertheldsdorfer Str.; Grieger, Lessingstr. 9; Nichsch, Ziethenstr. 40; Großjohn, Ziethenstr. 54; Lempe, Lessingstraße, Ecke Prinz-Handjerystr. 16; 8. Abt., Bez. 71—73, 81—85, 98. Sauer, Thomasstr. 31; Müller, Thüringer Str. 5; Warnstädt, Thüringer Str. 22; Hönow, Emser Str. 9; Schulz, Emser Str. 27. 9. Abt., Bez. 70, 86—92. Kuphl, Leinestr. 1; Klostermann, Thomasstr. 40; Ganzmann, Jonasstr. 30; Kottke, Warthestr. 14; Nerlich, Siegfriedstr. 46; Krüger, Emser Str. 86/87; Adam, Emser Str. 31; Lehmann, Bodestr. 10; 10. Abt. Bez. 94—100. Felsch, Kniebeckstr. 48/49; Berthold, Kranoldstraße 1; Ryck, Uergstr. 73; Meier, Reinholdstr. 14; Kühn, Hermannstraße, Ecke Herthastraße. — Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen, da die notwendigen Arbeiten zum Wahltag eingeteilt werden.

Tempelhof. 7½ Uhr öffentliche Versammlung für die Eisenbahner in der Aula der Gemeindeschule in der Werder Straße. Referent: Genosse Brunner vom Eisenbahnerverband.

Lichtenberg. 7½ Uhr Vierteldversammlungen. 1. Viertel im Lagenkasino, Knorrpromenade 2; 2. Viertel in der Aula der Schule Kronprinzenstraße; 3. Viertel im Zeichensaal der Schule Holteistraße; 4. Viertel bei Schilling, Kantstr. 19; 5. Viertel in der Aula der Schule Siegfriedstraße; 6. Viertel bei Köhn, Normannenstr. 38. Die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen. Die letzten Wahlarbeiten zur Reichstagswahl.

Pankow. 7 Uhr Versammlung sämtlicher Funktionäre und Wahlhelfer im Restaurant Pätzold, Schloßstr. 2. Mitgliedsbuch legitimiert.

Buchholz. Mitgliederversammlung bei Haedel, Hasenwalker Str. 67. Flugblattverteilung, Vorbereitung für den Wahltag.

Borsigwalde-Wittenau. 8 Uhr in den Borsigwalder Festsälen Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Jugendveranstaltungen.

Heute ½8 Uhr:

Britz. Gemeindeschule, Chausseestr. 132: Mitgliederversammlung. — **Gesundbrunnen.** 208. Gemeindeschule, Gotenburgstraße 2: Mitgliederversammlung. — **Moabit.** Schule, Waldenserstr. 20: Mitgliederversammlung. — **Niederschöneweide.** Gemeindeschule, Berliner Str. 31: Leseabend: „Abenteuer in Tibet". — **Schöneberg.** Rudensstraße, Ecke Hauptstraße: Vortrag: „Ferdinand Lassalle". — **Tegel.** Bahnhofstraße 15: Mitgliederversammlung. — **Weißensee.** Woelckpromenade 1, Leseabend: „Im Tollhause".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsteilnehmer. Eine Versammlung der Hinterbliebenen von Wilmersdorf, Grunewald, Schmargendorf und Dahlem findet am Mittwoch, 2. Juni, 8 Uhr, in der Aula der Goethe-Schule, Wilmersdorf, Westfälische Straße, statt. Frl. Hirschfeld vom Reichs-Arbeitsministerium referiert über „Die Hinterbliebenen im Rahmen des neuen Versorgungsgesetzes". — **Der Bund der Auslandsdeutschen** veranstaltet am Donnerstag, 3. Juni, abends 8 Uhr, in der neuen Stadthalle, Eingang Klosterstraße, eine Versammlung für die Abteilung Großbritannien, Irland und britische Kolonien. — **Freie Schwimmer Charlottenburg.** Sitzung am 2. Juni, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Stehbierhalle. Vortrag. — **Theosophische Gesellschaft.** Zweig Berlin. Am 2. Juni, 8 Uhr, „Rheingold", Potsdamer Str. 3, öffentl. Vortrag: „Das Wachstum der Seele!"

Aus aller Welt.

Das Explosionsunglück in Rothenstein.

Das Reichskabinett hat beschlossen, aus Anlaß des Explosionsunglücks in Rothenstein einen Kommissar nach Königsberg i. Pr. zu entsenden, um an Ort und Stelle Unterlagen für die Feststellung zu gewinnen, in wie weit eine Verpflichtung zum Schadenersatz in Frage kommt. Die Kommission wird in den nächsten Tagen abreisen. Ihr werden Vertreter der beteiligten Ministerien des Reiches und Preußen angehören.

Der Einbruch in die Gruft Bismarcks. Die Strafkammer in Altona verurteilte den „Kutscher" Heinrich Trettow und den „Arbeiter" Heinrich Rohr, die den Einbruch in das Mausoleum in Friedrichsruh ausgeführt und aus der Gruftkammer des Altreichskanzlers Fürsten Bismarck vier schwere silberne Kränze entwendet hatten, zu 8 bzw. 8½ Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

„Sicherheit" im Saargebiet. Am Dienstag abend voriger Woche wurde dem Polizisten Gabriel in Neunkirchen von der französischen Gendarmerie der Befehl erteilt, den in der Hüttenbergstraße 32 wohnenden Emil Geisel zu verhaften, weil dieser ohne die nötigen Einreisepapiere das besetzte Saargebiet passiert habe. Gabriel brachte Geisel auf das Bureau der französischen Gendarmerie. Nach ein paar Minuten kam der Chef und ohrfeigte Geisel ohne jede Veranlassung, dann zog er seine Reitpeitsche und schlug auf ihn ein, so daß Geisel vor Schmerzen nicht anders konnte und durch das geschlossene Fenster sprang. Geisel wurde wieder eingefangen und wurde wieder unter Rippenstößen zur französischen Gendarmerie befördert. Die Mißhandlungen begannen aufs neue, so daß Geisel ohnmächtig wurde. Passanten hörten ihn durch die Doppelfenster schreien. — Ein marokkanischer „Sicherheitssoldat" hielt in der Nähe des Schützenhauses in Neunkirchen einen Spaziergänger an, bedrohte ihn mit seinem Revolver und verlangte Geld von ihm. Durch Flucht entzog sich der Passant der Beraubung. Mehr Erfolg hatte der Marokkaner bei einem jungen Mann, dem er eine Brieftasche mit 80 M. und noch mehrere Wertgegenstände abnahm. — So sieht der Schutz für Leben und Gut durch die französische Sicherheitspolizei aus, die im Saargebiet trotz aller Proteste immer noch widerrechtlich ihr Handwerk treibt.

Sport.

Hein besiegt Pietro Scholz. Der Herausforderungskampf Pietro Scholz gegen den Weltmeister Hein wurde am Sonntag auf der Radrennbahn Treptow zum Austrag gebracht. Der Kampf dauerte 1 Stunde 37 Minuten und endete mit dem vollständigen Sieg des Weltmeisters Hein. Pietro Scholz ist demnach endgültig als besiegt zu betrachten.

R. von Jechmann wurde als Vertreter der Vollblutzüchter an Stelle des Grafen Lehndorff-Steinort in die Oberste Rennbehörde gewählt. — Jodler, der mit 30 000 M. eingesetzt war, wurde am Sonntag, nachdem er das Aspirant-Rennen gewonnen hatte, für 70000 Mark an den Rennstallbesitzer S. Heymann verkauft. Dieser Ueberschuß von 40 000 M. ist der höchste, der bislang in Deutschland erzielt worden ist. — 6111100 Mark betrug der Totalisatorumsatz am letzten Grunewaldrenntag.

Einbruch im Wiener Rathaus. Im Sitzungssaal des Rathauses wurde ein Einbruch verübt, wobei den Dieben sämtliche Metallgegenstände, darunter auch das Tintenfaß und die Vorsitzendenglocke des Bürgermeisters in die Hände fielen.

Gewinn-Auszug
der
15. Preuß.-Südd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 13. Ziehungstag. 29. Mai 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr). (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 500 000 M 225441

4 Gewinne zu 10000 M 13323 63054

6 Gewinne zu 5000 M 34246 137082 196374

65 Gewinne zu 3000 M 2005 3813 7032 14417 16259 48732 53011 55605 95733 102442 118733 123283 130604 163199 165071 168331 186046 186082 174885 176166 180205 185545 191008 196409 197033 199515 203528 214018 214167 216303 219823 230719 [illegible]192

176 Gewinne zu 1000 M 4082 4223 7177 7305 7502 8846 10068 13779 16331 17575 17789 18974 24468 26402 27361 31495 36007 38549 37855 40840 44332 45192 47875 49294 54232 55211 56175 60281 61672 62624 63057 70142 71959 72237 80413 80689 84375 91344 94142 101541 103324 105430 113570 116066 120144 121538 124176 124415 125923 126190 127216 128765 129165 131770 133649 136556 136744 136756 146314 150283 150418 154095 154948 158555 158573 165661 164258 166182 171122 172004 178302 183159 195421 195550 198699 198805 201965 210382 210458 211690 214145 216512 219919 227912 228380 228627 230561 232762

194 Gewinne zu [illegible] 266 6029 6495 13004 14222 15350 25672 27576 28261 29850 [illegible] 33005 34582 35581 37657 41504 43904 44604 46835 51691 53346 55310 57041 59457 67502 69633 70454 71619 72000 73205 76213 78547 79168 79655 81098 82095 82620 89344 91939 92365 92439 99584 101192 102150 103051 111908 115113 116205 124021 125516 125569 132552 132835 140585 140689 150376 152059 156762 160089 163094 166323 168275 173930 176411 176583 180017 183705 185128 192707 193246 193845 194611 197391 198059 200375 201080 203533 205253 206802 208079 212244 213627 214693 216408 221849 222573 223681 223703 225996 225203 226929 229004 229625 230050 230606 232728

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 10000 M 51198 130666

4 Gewinne zu 5000 M 2183 50029

45 Gewinne zu 3000 M 1367 4636 9036 14[illegible] 29717 33373 37464 39374 50655 60643 69715 73355 77083 83340 [illegible] 91560 96715 100920 111318 114137 115040 115385 125997 130119 131847 151889 154620 157817 159091 161133 165934 171578 179069 178574 180073 197456 211837 214297 220081 227040 230355 231138

142 Gewinne zu 1000 M 1826 6770 8618 11044 11443 19633 23316 24463 30744 32043 33970 35548 40267 41077 42791 47794 47936 49367 50000 54367 54703 58193 58706 59180 59365 61061 64578 68356 69463 72844 74681 81368 85318 91036 91085 91863 93842 95853 97200 100971 106340 107625 110310 114963 118515 120052 125814 127077 130617 131710 133321 135425 141815 143703 150016 152602 160133 179765 182008 185308 192618 195107 195672 198242 198262 200347 208836 215328 221862 222930 227216 230046

165 Gewinne zu 500 M 2626 3066 4407 6899 12623 14645 16339 17881 19770 21242 31104 33432 34712 36964 40145 52573 58482 60308 65031 65570 65835 66114 67604 69660 74170 74269 75406 79408 80789 83187 84435 84566 85954 90245 92053 97182 100005 100433 105654 109713 109937 117385 125583 130483 135694 137237 141698 148629 [illegible] 151112 151517 152089 153061 158186 167480 169382 169391 169849 164704 169471 170076 170732 179088 180548 190673 193808 195441 190837 191286 198840 201192 201229 201553 201790 205409 207306 210263 217442 228665 229455 232869 238030

Unserem werten Parteigenossen 13070
Karl Kirschnick
zu seinem 70. Geburtstage die besten Glückwünsche.
Die Genossen der 12. Abt.

Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.
18. Abt.
Unseren werten Genossinnen u. Genossen die traurige Nachricht, daß unsere bewährte und treue Genossin
Ida Pilz
nach langem schweren Leiden am Donnerstag, den 27. 5. 20, im 63. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Wir werden der lieben Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Einäscherung findet heute Dienstag, den 1. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße 30/39 statt.
Zahlreiche Beteiligung erbeten.
Die Abteilungsleitung.

Spezialarzt
Dr. med. Haschè
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Haut-, Harn-, Frauenleiden
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1.
Kostenl. Berat. Bequ. Zahlung.

Erben
nach der am 15. Dezember 1919 in Stolp verstorbenen Witwe Hermine Reschke geb. Kamin (Camin) sind zu je 1/30 des Nachlasses die Kinder ihres Vaters Carl Camin aus dessen Ehe mit Ernestine geb. Rettke, Vornamens Dietrich Heinrich geb. am 6. Mai 1876, Elisabeth Friederike Caroline geb. am 20. September 1877 und Marie Martha Helene geb. am 14. Januar 1879, sämtlich in Lauenburg, Kr. Lauenburg, geboren.
Auskunft über Leben und Aufenthalt der vorgenannten 3 Personen wird an den unterzeichneten Nachlaßpfleger erbeten. 157/12
Stolp (Pom.), den 27. Mai 1920.
Runde, Justizrat.

Spezialarzt
Dr. med. Kosben
für Haut-, Harn-, Frauenleid., Schwäch., Geschlechtskrankh. behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-½7, Sonnt. 10-1.
Teilzahl. Separ. Damenzim.

Nebenverdienst
bis 1000 M. wöch. zuhause, ohne Vorkenntn. Näh. u. betiff. Unfr. S. Wehrel & Co., G. m. b. H. Berlin-Lichterfelde, Postfach 220.

Spezial-Arzt
für Haut- u. alle Harnleiden,
Harn- und Blutuntersuchungen.
Dr. med. Karl Reinhardt,
Potsdamer Straße 117, an der Lützowstraße.
Sprechstunden: 1/2 12—2, 1/2 5—1/2 10 abds., Sonnt. 1/2 11—1 Uhr.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschl. Kuvert ges. Einsend. v. 2.— M. portofrei.

Spezial-Behandlung
a. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt werden konn. Blutuntersuchung, Krankenkasse-Beteiligung. Kostl. gef. Heilanstalt Dir. HERMANNS Elsasserstr. 42 i. d. Friedrichstr. Spr.: 10—1, 4—7. Sts. geöffnet.

Santa Lucia-
Südwein verdankt seine feurige Süße der Sonne des Südens.
Depot: N. 4, Bergstr. 34. Norden, 6822. Ueberall käuflich.

Deutsch. u. franz. Cognac-Verschnitt
sowie Weinbrand-Verschnitt
in nur Ia. Qualitäten in 1/4-Ltr.-Flaschen, versteuert, hat laufend zu den billigsten Tagespreisen abzugeben
Gebrüder Hoff, Spirituosen
Telephn.: Moritzpl. 3512. Berlin SW 61, Planufer 12.

Touristen-Kleidung
Touristen-Anzug echt engl. Genua-Cord, sowie haltbare, kräftige Stoffe ..... 790.— M.
Jackett-Anzug moderne Form, prima Zutaten ..... 675.— „
Marengo-Sommer-Paletot guter Cheviot, Ia Ausführung .... 550.— „
Covercoat-Sport-Paletot Seidenfutter, Ersatz für Maß ..... 850.— „
Gummi-Mantel gute Qualität, Sportformen ..... 495.— „
Cutaway u. Weste marengo Cheviot, feinste Ausführung .. 880.— „
Hose für Werktag, kräftige Ware ..... 112.50 „
Hose eleganter Streifen, für Cutaway ..... 250.— „
Jackett-Anzug für junge Herren, modernste Formen, Gr. 36 .. 390.— „
Knaben-Anzug Joppe und kurze Hose, für 9—10jährige Knaben 227.50 „
Lüster-Jacketts, nur in größeren Weiten vorrätig von ... M. 49.50 „

BaerSohn
Keine Filialen mehr — Nur Chaussee-Straße 29-30

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Rigoletto.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Der Maskenschnitzer.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Max Pallenberg
in „Auch ich war ein Jüngling".

Kammerspiele.
7½: Die Büchse der Pandora.
Mittwoch, zum 1. Male: Taifun.
(Lupu, Pick, Vaillentin.)

Theater des Westens
7 Uhr, zum ersten Male:
Der Schrei nach dem Kind
(Werbezirk, Schwanneke, Potorzkaia.)

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1.
7½ Uhr, zum 1. Male:
Der Leibgardist.
(Abel, Dorsch, Junkermann, Eberty.)

Großes Schauspielhaus.
7½: Orestie (44. Abt., 3. Abd.)
Mew. 1½: Orestie (45. Abt., 3. A.)

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
.15: Die große Katharina.
Mit dem Feuer spielen.

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Die Reise in die Mädchenzeit.

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Carmen.**

Die Tribüne
7½ Uhr,
z. 1. Male: **Bunbury.**

Folies Caprice.
7½ Uhr: **Flimmer-Klärchen.**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Evchen Humbrecht.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**

Komische Oper
7.15 Uhr: **Eine Ballnacht.**

Lustspielhaus
Arnold Rieck in
7½ Uhr **Zwangseinquartierung.**

Metropol-Theater.
7½ U.: **Im weißen Röss'l**

Neues Central-Theater
7½ U.: **Ein seltsamer Fall**

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: **Prinzessin Friedl.**

Neues Volkstheater
7½ Uhr: **Die Gewaltlosen**

Schauburg
Königgrätzer Str. 121.
7 Uhr: **Leo Peukert** in
Wenn der Vater m. d. Sohne ..

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **2 × 2 = 5.**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Amor auf Reisen**

Th. am Nollendorfplatz
7½ U.: **Eine Nacht im Paradies.**

Theater i. d. Alt. Jakobstr.
7½ U.: **Die verschwund. Pauline.**

Wallner-Theater
7 Uhr 15: Der Treubadour.
Morgen: Rigoletto
mit Maria Ivogün.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Kasernenluft.**

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich ½8 Uhr:
Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise
Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 8 Uhr:
Ida Wüst u. Bruno Kastner in:
Der gute Ruf
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der Störenfried.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Sollman
2 Uraufführungen 2
Drei Dolche im Stein.
Spann. Detektivdrama in 4 Akten.
Hauptrollen:
Gerda Frey
Dr. Ed. Rothauser.
Das Strumpfband der Mad. Pompadour.
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Vera Bernard.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ U.: **Der Richter von Zalamea.**

Lessing-Theater.
Zum letzten Male in dieser Spielzeit:
7½ U.: **Frau Warrens Gewerbe.**
(Bertens, Servaes, Steinrück.)
Mittwoch 7½: **Pygmalion.**
Donnerstag 7½, Neueinstud.:
Die Marquise von Arcis.

Leopoldine Konstantin.

Deutsches Künstler-Theater
Beginn der Sommerspielzeit.
7 Uhr, zum ersten Male:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.
Mittwoch bis Montag 7½:
Die bessere Hälfte.

Rose-Theater.
7½ U.: **Schwarzwaldmädel**
Gartenb. 7½: Das Lied d. Liebe

Apollo
Theater
Direkt. James Klein.
Verlängertes
Gastspiel Blanvalet
Natura-
listisch-phantastisch.
Ballett
2 Hartwells
Phänom. Luftakt
Varieté-Gastspiel
Franz Gross
v. Theat. d. Westens
Smaragda
Universal-Dressuren
van d. Felden
Zigeunerleben
Harry & Jack
die Urkomischen
2 Fränzis
Salon-Akrobaten
u. weiter Sensationen.

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.:
Sensations-Erfolg!
Der Schlager der Spielzeit
Onkel Cohn
Volksstück in 3 Aufzügen.
Preise von 2,70 bis 6,50 M.

Winter-Garten
Täglich 7¼
Der neue
Juni-Spielplan
Gastspiel
des
Balletts
der
Staatsoper
Berlin.
Sämtliche Tänze entworfen und einstudiert vom Ballettmeister
Heinrich Kröller.
Ferry Corwey
Musikal. Clown
Stolzenfels-Quart.
in seiner Szene:
Ein Abend a. Rhein
5 Balasis
Gymnast. Akt
Milli Capell jr.
mit ihrem Setter „Lumpi"
Lebende Bilder
Georg Flower
Komischer Fangkünstler
Kätie Adelmann
Xylophon- u. Gamelang-Virtuosin
Albert Toulouse
Balance-Akt
Schwest. Christian
Bühnenluftakt.
Gert und Gräfe
Exzentrische Szene
Nicklas
Bauchredner

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger.
Horst, Russell, R. Schrader, Riess Schubert usw.
Bühthgen-Konzert.
Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

Sommertheater „Groß-Berlin"
Hasenheide 13.
8½ Uhr:
Operette „Spreezauber"
vorher ab 5½ Uhr:
Konzert, er. kunst. Progr.

BTL
Potsdamer Str. 38
Der große Film
Menschen
von Martin Berger.
Turmstr. 12
Eva May
im Schauspiel
Zwischen Lachen und Weinen.
Alexanderpl.-Passage
Das Mädchen aus der Ackerstraße.
Friedenau, Rheinstr. 14
Henny Porten
Monica Vogelsang.

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Ernesta Nelken
Franz & Lisi König
Ruth Roffi
Adolf Hartley
Ellen & Käte Eschee
Eugen Mack
Anni Lehmann
Hans Heinz Bachmann
Adi Lichans Meisterquart.
Adolf Lieban
ff. Weine, ff. Küche
Mocca, Tee, Schokolade
Anfang 7 Uhr

Reichshall.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Stettiner Sänger.
Dönhoff-Brettl.
Anfang 6½ Uhr.

METROPOL KABARETT
Behrenstr. 53-54.
Allabendlich 7 Uhr:
2 Lorleys
Dr. Benno Wünsch
Ciselatus
Rosel Dehny
Martin Loewe
Annie Trautner
2 Kajanows
Mimi Brix Gust. Werner
in Coco u. Coca
Reeves u. Reeves
Am Flügel: E. Hentschel.
Kapelle Mundi Neumann.

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe.
Morg. Flirt in St. Moritz
7½

LUNAPARK
Terrassen am Halensee
Einlaß ab 11 Uhr
Attraktionen ab 3, Konzert ab 4 Uhr
Eintritts-Preise:
Wochentage ..... M. 2,—
Sonntags m. Feuerw. u. Doppelkonz. „ 4,—
Eiltetage mit großem Feuerwerk und großem Doppelkonzert „ 5,—
Volkstage m. Feuerw. u. Doppelk. „ 1.50
Heute Dienstag:
ELITE-TAG
Groß-Feuerwerk
unter Leitung des bekannten Pyrotechnikers Felix Deichmann
Großes Doppel-Konzert
Konzertmeister Paul Kühn m. seinem Metropol-Theater-Orchester
Kapellmeister Willi Schierhorn mit seinem Luna-Blas-Orchester
Tanz-Reunion im Luna-Palais
Wein-, Bier-, Mokka-Terrassen
Schattiger Konditoreigarten / Luna-Laube u. Diele 5-Uhr-Tee-Indian.-Orch.
37 Attraktionen!
Morgen Mittwoch, den 2. Juni:
Großer Volkstag.
Eintritt M. 1,50

Rennen zu Grunewald
(Unionclub)
Dienstag, den 1. Juni, nachm. 3 Uhr
7 Rennen.

Heringsdorf
See- u. Solbad
Der von der Natur mit Hochwald am meisten bevorzugte Badeort der Ostsee. — Kurmusik.
Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung oder durch das Gemeindeamt.
Kurzeit 1. Juni bis 30. September.

Ankauf von Juwelen
zum heutigen hohen Kurse
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9

Ankauf Brillanten
Juwelen :: Platin :: Gold-Bruch
L. Muil, Leipziger Str. 40/1

Achtung! Garantie.
Ia. Milch-Zentrifugen.
Fordert Preisliste Nr. zwei.
Schrot- u. Backmehlmühlen f. Hand-, Kraft u. Pferde-Antrieb.
Fordert Preisliste Nr. drei.
Besuchen Sie m. großes Lager.
Ganschow, Kastanienallee 39.
Berlin, ll. Stockwerk.

Metall-Ankaufsstelle Osten, Grüner Weg 80
zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Schlafzimmer
großer Spiegelschrank, dreiteilige Matratzen, 3500,—, sehr schönes Speisezimmer 6500,—, elegantes Herrenzimmer 6000,—, Kücheneinrichtung 850,—. Riesige Auswahl in schweren Zimmer-Einrichtungen u. Einzelmöbel zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert,
Möbelhaus für Gelegenheitskäufe,
Lothringer Str. 55,
Rosenthaler Platz.

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber, Blei, Zink, Rotguß usw., Platin-, Gold-, Silberabfälle kauft zu Schmelzpreisen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstraße 11
2. Fennstraße 48
3. Beusselstraße 29
4. Neukölln 229
Kais.-Fried.-St.
5. Waldenweg 72
6. Bahnhofstraße 2
am Anhalter Bahnhof.

168 Nur I. Etage
Ankauf
Platin-Bruch,
Juwelen
zu höchst. Tagespreis
Berliner Edelstein-Gesellschaft m. b. H.
Friedrichstr. 168
zwischen Behren- u. Französische Str.
nur
I. Etage
I. Etage 168

Gebrauchtes Klavier
kauft zu angemessenem Preise die Gemeindeverwaltung Berlin-Lankwitz. Preisangebote an den Gemeindevorstand. 6749

Kupfer, Messing, Blei, Zink, Quecksilber
zahlt höchste Tagespreise
Prenzlauer Allee 25
Eing. Raabestr. 17.

Armeepistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
kauft und zahlt höchste Preise
W. Dielke, Berlin SW., Kommandantenstr. 36

Wählt
nur bei **Metallhandlung,**
Lothringer Str. 25,
wo Ihr noch trotz des enormen Preissturzes für
Kupfer 7,— M.
Messing . . . . 3,50 „
bezahlt bekommt.
Auch für sämtliche Metalle hohe Preise.
auf Nr. 25

Offene Füße
auch veraltete schmerzhafte Wunden, Entzündung mit unerträglichem Jucken heilt ohne Nachteil laut vielen Erfolgsberichten die milde u. wohltuende „Orlinde-Salbe". 10.50 M. Zur gleichzeitigen innerlichen Kur Reichelt Gallorin-Blutreinigungspulver. Schachl. 4.—, 3 Schl. 11.50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 16.
Tel. Lützow 3705 und 8818.

Kaffee
gebr. p. Pfd. M. 29,50
„ „ „ „ 31,25
„ „ „ „ 33,25
Jones & Co.
BERLIN C 2,
Neue Friedrichstr. 47.
Norden 4976.
Versand a. p. Nachnahme.

Mit wenig Mühe
Kannst du Stiefel putzen
Nur musst du stets „Urbin" benutzen!
Urbin
ist doch der
beste Schuhputz
In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm. Charlottenburg.

Reklame-Ausnahmepreis 49.50 M.
Echte deutsche Ankeruhr, genau reguliert, tadellos gehend. **Uhr Nr. 6 mit hellen Leuchtzahlen** in besonders guter Ausführung, wie Abbildung, in starkem, unverwüstlichem Gehäuse, 1 Jahr Garantie, 36 M. **Armbanduhr** in guter Ausführung, leuchtend, 60 M. **Damenuhren** 30 M. **Nebenstehend abgebildete Armbanduhr** in Größe eines Zweimarkstücks, hell leuchtende Zahlen, mit Spiralarmband. Biegsam und schmiegsam, **viel besser als Leder.** Kein Schnallen und kein Schließen. Preis nur 37,50 M. Unser echtes Spiralarmband ist auch an jeder anderen Armbanduhr zu tragen, versilbert 3 M., vergoldet 10 M. Versand gegen Nachnahme. — Katalog auf Wunsch.
Nr. 6
Nr. 28
Deutschland Uhren-Manufaktur
Leo Frank, Berlin C 19.

Was ist
und was will der Sozialismus? . . . . . 0,60 M.
Kautsky und Schönlank: Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie . . . . . 1,20 „
Felden: Kirche, Religion und Sozialdemokratie 1,80 „
Schulz: Sozialdemokratie und Schule . . . . . 2,40 „
Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie 1,20 „
Beamtenschaft und Sozialdemokratie . . . . . 0,25 „
Frauenstimmen zu den Zeitfragen . . . . . 2,75 „
Die Frauen und der politische Kampf . . . . . 1,20 „
Stampfer: Religion ist Privatsache . . . . . 1,80 „
„ Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus 1,80 „
Bernstein: Wirtschaftswesen u. Wirtschaftswerden 6,00 „
Lassalle: Arbeiterprogramm . . . . . 2,40 „
Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3

Schreibmaschinen!
erstklassige, kauft und verkauft. Reparat. prompt u. billig.
Telephon Norden 12495.
Liebnitz u. Lichtenberg,
Burgstraße 29.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Altmetalle,
Quecksilber, Zinn, Stahl, Silberbruch usw. kauft zu höchsten Preisen
Metallschmelze, Prinzessinnenstraße 17, neben Wertheim (Moritzplatz).

Neu eröffnet!
Ich zahle die höchsten Preise für sämtliche Metalle
Kupfer, Messing, Zink, Blei usw.
Lothringer Str. 48,
im Hof, am Rosenthaler Platz.

KURT HEINIG:
Die große Ausrede von der erdolchten Front
Erdrückendes Material von Dokumenten, Zahlen u. Pressäußerungen zur Widerlegung der niederträchtigen Verleumdung. Ihre eigene Presse entlarvt die Geschichtsfälscher als die eigentlichen Frontmeuchler
Preis 2 Mark und
20% Teuerungszuschlag
BUCHHANDLUNG „VORWÄRTS"
Lindenstraße 2.

Kupfer kg netto **6,00** M.
Rotguß kg netto **5,50** M.
Messing kg . **3,00** M.
Blei kg netto **1,75** M.
Tasche, Belle-Alliancestr. 98, Demminerstr. 36, E. Brunnenstr., Langenbeckstr. 4, E. Elbingerstr., Warschauer Str. 79 (Hof links), Wilmersdorf, Bernhardstr. 15a.

Unreines Blut
und dessen Folgeerscheinungen, wie Hautjucken, Hautkrankheiten jeder Art, Gesichtspickel wird beseitigt durch Anwendung einer Frühjahrskur mit
Dr. Hoffbauer's ges. gesch.
Arsen-Lecithin-Pillen.
Ausführliche Gratisbroschüre durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW.
Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.) 29/4*

Anker-Registrierkassen
Anker-Werke A.-G., Bielefeld.
Größte Registrierkassenfabrik Europas. — Ca. 250 Modelle.
Einstellfähigkeit 999,99 u. höher.
Mykitta & Co., Berlin W. 30,
Eisenacher Str. 101. Kurfürst 3372.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen.
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger St. 22, Kgst. 3861.

Stellenangebote

Jugendsekretär gesucht
Wir suchen zum sofortigen Antritt einen Sekretär, der mit der Jugendbewegung vertraut ist. Bewerbungen sind bis zum 6. Juni an G. Wächter, Hannover, Nicolaistr. 7, zu richten. 229/17
Verein Arbeiterjugend Hannover.

Glühlampe
D. R. P. angemeldet.
Gesucht wird von Münchener Glühlampenfabrik sogleich ein tüchtiger Glühlampenspezialist, der über langjährige Praxis verfügt und Organisation zu leiten vermag. Offerten mit Gehaltsansprüchen unt. H. 54 an die Hauptexpedition des „Vorwärts". 6759

Glühlampenfabrik
in Skandinavien wünscht mehrere Arbeiterinnen zu engagieren und zwar für
Einschmelzerei, Hakeneinsetzen, Wicklerei, Stängelansetzerei und Lampenreparatur.
Hoher Lohn und teilweise Reisevergütung. Offerten sind an die Expedition d. Zeitung zu richten unter Chiffre „Lampenfabrik H. D. 11374." 602/1

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt **Botenfrauen** ein in den Geschäftsstellen: 146/18*
Jerusalemer Str. 5/6, Prinzenstr. 31, Bärwaldstraße 42, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Str. 37, Petersburger Platz 4, Greifenhagener Str. 22, Ackerstraße 174, Wattstr. 9, Bastianstr. 7, Immanuelkirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 48. — Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101, Tauroggener Str. 11. — Lichtenberg, Wartenbergstraße 1. — Neukölln, Neckarstraße 2, Siegfriedstraße 28/29. — Wilmersdorf, Gasteiner Str. 12. —

Gewerkschaften gegen Rechtsputsch.

Eine Abordnung an die Reichsregierung.

Die an dem März-Generalstreik beteiligten Organisationen traten am Montag zu einer Beratung zusammen, um zur gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Allseitig wurde auf den großen Ernst der Lage hingewiesen, die durch den drohenden Rechtsputsch entstanden ist. Es wurde festgestellt, daß die Durchführung der acht Punkte in ganz ungenügender Weise erfolgt sei. Allgemein kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß eine Abwehr der von der Reaktion drohenden Gefahren nur gesichert werden kan durch ungesäumte Erfüllung der achten Forderung, die die Auflösung der konterrevolutionären Truppenteile und ihre Ersetzung durch republikanisch zuverlässige, insbesondere aus der organisierten Arbeitnehmerschaft gebildete Formationen verlangt. Es wurde beschlossen, eine Abordnung an die Reichsregierung zu entsenden, um in dieser die einmütige Auffassung der Organisationsvertreter nachdrücklichst zur Geltung zu bringen.

Bittere Lehren für die Unabhängigen.

Gotha und Reuß.

Am 30. Mai fanden die Wahlen zum Landtag im Freistaat Gotha statt. Sie waren nötig geworden, um die Reichsverfassung auch in Gotha zur Anerkennung und Durchführung zu bringen. Das Ergebnis dieser Wahlen liegt jetzt deutlich erkennbar vor. Es wurden bisher gezählt an Stimmen:

	jetzt	vorige Wahl
Unabhängige . . rd.	30 000	48 000
Sozialdemokraten . .	8 725	7 800
Demokraten	7 218	18 100
Deutsche Volkspartei	12 428	16 400
Deutschnationale . .	4 284	
Bauernbund . . .	17 622	

In Gotha hatten die Unabhängigen bis jetzt die Mehrheit, nämlich von 19 Abgeordneten 10. Sie haben diese geringe Mehrheit rücksichtslos ausgenutzt und das Ergebnis dieser 1½jährigen Herrschaft läßt sich jetzt übersehen. Mehr als ein Viertel ihrer Wähler sind flüchtig geworden und den reaktionären Parteien zugeströmt. Und damit nicht genug, auch die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten sind dezimiert worden infolge der planmäßigen Hetze, in der sich die Kunst der Unabhängigen erschöpft. Die Unabhängigen behalten von ihren 10 Mandaten nur 8, die Demokraten von ihren 4 nur 2, die Sozialdemokraten behalten wahrscheinlich das einzige Mandat, das sie auch bisher innhatten. Dagegen gewinnt der Bauernbund 8, die Deutschnationalen wahrscheinlich 1, während die Deutsche Volkspartei trotz Verdoppelns ihrer Stimmen auf die Mandate beschränkt bleibt.

Das Wahlresultat bestätigt die alte Erfahrung, daß die Zersplitterung der Arbeiterbewegung nur der Reaktion dient, daß insbesondere die lediglich auf Hetze gegen andersdenkende Klassengenossen eingestellte unabhängige Tätigkeit den sozialistischen Einfluß ganz beseitigt. Das hat sich vor Gotha schon im Freistaate Reuß erwiesen, dieser alten sozialdemokratischen Hochburg, wo die Unabhängigen seit der Revolution auch Alleinherrscher spielten.

Die Textilarbeiterschaft dieses Landes hatte furchtbar zu leiden und war daher dem radikalen Phrasengeklingel der U. S. P. sehr zugänglich. Die U. S. P. also siegte nach der Revolution und mußte wohl oder übel auch — so schwer es ihr auch fiel — an praktische Arbeit gehen. Am 14. März dieses Jahres, also gerade während der Kapp-Tage, waren Gemeindewahlen, die über den Erfolg dieser Arbeit quittierten. Die unabhängige „Regierungspartei", die etwa 1½ Jahre „geherrscht" hatte, erlitt dabei in fast allen Gemeinden eine starke Niederlage, über die sie, da es gerade in den Putschtagen war und außer ihrer Zeitung (ein Mitteilungsblatt des Aktionsausschusses) alle andern Zeitungen 5 Tage lang nicht erscheinen konten, hübsch den Mantel der Verschwiegenheit deckten.

In Gera z. B. wurden bei 19 600 bürgerlichen Stimmen 16 800 unabhängige Stimmen abgegeben, dabei hat Gera alle 20 Vororte eingemeindet. Es ist gegen voriges Jahr ein Stimmenverlust von 10 000 zu verzeichnen, davon wurden die U. S. P. mit 6000 und die alte Partei mit 4000 Stimmen betroffen.

Im Greizer Bezirk verloren die Unabhängigen 50 Prozent ihrer Wähler, in der Stadt selbst haben sie von 11 000 nur 2400 erhalten, also noch nicht ein Viertel der Stimmen. Auch in den bisherigen Hochburgen der umliegenden Arbeiterdörfer ist ihre Mehrheit verschwunden und überall stellen sie Minderheiten der Wähler dar. Selbst in Zeulenroda, wo die alte Partei sich gar nicht an der Wahl beteiligte, ist die Wählerzahl halb und halb geteilt. Jahrzehntelang war dort nur ein Drittel im bürgerlichen Lager und zwei Drittel bei der Sozialdemokratie zu finden. Im reußischen Oberland aber war der Zusammenbruch geradezu katastrophal. Aus dem Städtchen Tanna wird berichtet, daß dort sage und schreibe 22 unabhängige gegen 603 Stimmen auf der bürgerlichen Seite abgegeben wurden.

In Greiz sind von 30 Sitzen neun den Unabhängigen verblieben. Aber auch der sogenannte Zug nach links ist nicht da, denn die Kommunisten erhielten von 1100 Stimmen in Greiz ganze 388, also den 28. Teil.

So steht es aus im unabhängigen Volksstaat Reuß, wo die Abgeordneten der alten Partei keine Obstruktion treiben wie die Unabhängigen im Reich und in Preußen. Sollte das alles nicht zu denken geben?

Reußenland ist klassischer Boden für die sozialistische Arbeiterbewegung. In allen Stürmen der Reaktion hielt dort die trefflich disziplinierte Arbeiterschaft stand. Nahezu 8 Jahrzehnte wirkten dort im verhältnismäßig kleinen Bezirk zwei sozialdemokratische Zeitungen. Den Unabhängigen ist es gelungen, diese prächtige Bewegung zu zersetzen, die Arbeiterschaft zu lähmen, sie aus einer machtvollen Position herauszuheben. Mißmut, Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit in weiten Arbeiterkreisen, das ist ein trauriger Erfolg der Unabhängigen.

Delegiertenversammlung des Republikanischen Führerbundes.

Am zweiten Tag der Delegiertenversammlung standen vertrauliche Angelegenheiten des Bundes auf der Tagesordnung. Es wurden Satzungen und folgende allgemeine für das ganze Reich geltende Leitsätze aufgestellt:

1. Sammlung aller ehrlich republikanisch Gesinnten innerhalb und außerhalb der Wehrmacht ohne Ansehen der Partei, der Konfession und des Dienstgrades.
2. Erfüllung der deutschen Wehrmacht mit republikanischem Geist.
3. Besetzung aller Führerstellen mit Republikanern.
4. Schutz der Republik gegen jeden gewaltsamen Umsturz und Wahrung der deutschen Reichseinheit.
5. Bekämpfung der Konfessions- und Rassenhetze.
6. Politisches Vollbürgertum aller Soldaten mit dem Recht der aktiven und passiven Wahl in die gesetzgebenden Körperschaften, so lange ein Söldnerheer besteht.
7. Ausschaltung jeder unverantwortlichen Politik der Kommandeure. Restlose Unterstellung der bewaffneten Macht unter die Zivilgewalt. Sicherung dieses Zustandes durch Zivilkommissare.
8. Aufrechterhaltung der Manneszucht unter Vermeidung aller gegen die Menschenwürde verstoßenden Mißhandlungen.
9. Festigung und Ausbau der Vertrauensmännerstellung.
10. Schutz der Mitglieder des Republikanischen Führerbundes vor Verfolgung wegen ihrer republikanischen Gesinnung und Betätigung.
11. Anerkennung des Führerbundes durch die Regierung. Heranziehung des Führerbundes zur praktischen Mitarbeit.
12. Geistige und materielle Fürsorge für alle Heeresangehörigen durch den Staat während und nach der Dienstzeit unter besonderer Berücksichtigung aller Dienst- und Kriegsbeschädigten sowie deren Hinterbliebenen.

Der Wahlkampf.

Helfferich, der Märchenerzähler.

Der Schwindel vom „zweiten Frieden".

In seiner Rede in Hannover hat der frühere Staatsminister Helfferich und nach ihm zahlreiche Redner der Deutschnationalen Volkspartei, als letzter der frühere Staatsminister Dr. Heinze in München, die Behauptung aufgestellt, daß die Entente neben dem inzwischen unterschriebenen Friedensvertrag noch einen zweiten, weitaus milderen in Vorbereitung gehabt hätte. Dieser letztere hätte unter anderem eine Besetzung im Westen nur auf 18 Monate und keinerlei Besitzergreifung des Saargebietes vorgesehen.

Helfferich hat als Quelle dieser Neuigkeit das Mitglied des Ministeriums Clemenceau, Herrn Tardieu, angegeben. Es wird nun durch eine amtliche Mitteilung des W. T. B. festgestellt, daß keinerlei Publikationen, weder von Herrn Tardieu, noch von einem andern Mitglied eines Ententeministeriums existieren, in denen das Märchen von einem solchen zweiten Friedensvertrag erzählt wird, daß also die ganze abenteuerliche Geschichte in das Reich der Wahlfabeln gehört. Wie diejenigen zu beurteilen sind, die auf diesem bitterernsten Gebiet mit Erfindungen arbeiten und solchen Schwindel weiterverbreiten, sei dem Urteil eines jeden einzelnen Deutschen überlassen.

Was verdanken wir der Monarchie?

„Die gute alte Zeit", so pflegen die Reaktionäre die Zeit der Monarchie zu nennen und verweisen gerne darauf, wie billig 1913 das Leben war. Die Monarchie hat aber nicht bis 1913, sondern bis 1918 gedauert. Ihrer wahnwitzigen Kriegspolitik, ihrer Eroberungsgier und Kriegsverlängerung, ihren herausfordernden Gesten und Reden verdanken wir den furchtbaren Niedergang von 1914 bis 1918, ihr verdanken wir den Zusammenbruch, ihr verdanken wir folgende zahlenmäßige Bilanz an Menschenleben und Menschenleid:

1 800 000 Tote, die im Felde an Wunden und Krankheit gestorben sind.
1 350 000 Krüppel, die durch ihre geminderte Erwerbsfähigkeit rentenbedürftig geworden sind.
520 000 Witwen, die ihre Männer im Krieg verloren haben.
1 130 000 Waisen, die ihre Väter im Krieg verloren haben.
164 000 Greise und Greisinnen, die durch den Kriegstod ihre Söhne, den einzigen Ernährer verloren haben.

Mit diesen Zahlen, die auf der amtlichen Statistik beruhen, ist die Menschenbilanz der Monarchie noch keineswegs erschöpft. Es kommen hinzu etwa 700 000 Personen, die daheim an Grippe und Unterernährung gestorben sind. Es kommen hinzu eine kaum zu schätzende Zahl von Kindern, die durch Unterernährung im Wachstum verkümmert schwächlich und krüppelhaft geblieben sind. Es kommen hinzu mehrere hunderttausend Kriegsbeschädigte, die keinen Rentenanspruch haben. Es kommen hinzu Millionen Eltern, die außer den oben Angeführten den Tod ihrer Söhne betrauern. Es kommt hinzu ein Geburtenausfall von einer Million Kinder.

Diese entsetzliche Summe von Menschenvernichtung und Menschenleid kommt allein auf das Schuldkonto der Monarchie. Was uns die wilhelminische Kriegspolitik an materiellen Gütern gekostet hat, ist dabei noch gar nicht in Rechnung gezogen!

Darum stimme am 6. Juni jeder für die Republik und ihre festeste Stütze: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Deutsche, die nicht wählen dürfen.

In der vom Oesterreichisch-Deutschen Volksbund einberufenen Protestversammlung gegen den Ausschluß der Deutsch-Österreicher vom Wahlrecht wurde nach dem Referat der Herren Stefan Großmann, Geh. Rat v. Ehnern (Deutsche Volkspartei) und Hauptschriftleiter Stampfer (Soz.) folgende Entschließung angenommen:

„Die hier versammelten Deutschen aus Oesterreich, ein Bruchteil der 400 000 im Reiche lebenden Deutschen aus Oesterreich, erneuern hierdurch ihr Bekenntnis zum Anschluß an das Deutsche Reich und fordern alle eingebürgerten Oesterreicher auf, nur solchen Kandidaten ihre Stimme und Unterstützung zu gewähren, die sich freudigen Herzens und unbedingt für den Anschluß erklären. Sie verlangen von der Reichsregierung Erleichterung der Einbürgerung für alle Deutschen und verurteilen eine kleinliche Politik, die im deutschen Oesterreicher noch immer den Ausländer sieht."

Der Vorsitzende Dr. Mischler schloß die von vielen Hunderten besuchte Versammlung mit einem Appell, für den großdeutschen Gedanken weiterzuwirken.

Reaktionäres aus der Reichspost.

Giesberts irregeführt.

Hamburg, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Als in den Tagen des Kapp-Putsches das Hamburger Telegraphenamt auf Veranlassung des Putschobersten Wangenheim die Fernsprechleitungen der rechtmäßigen Staatsbehörden, des Senats, der regierungstreuen Sicherheitswehr und der sozialdemokratischen Presse lahmlegte, wurde vom Senat unser Genosse Senator Krause beauftragt, diesem Treiben ein Ende zu machen und die nötigen Maßnahmen zu treffen, um Sicherheit zu schaffen, daß das Telegraphenamt nicht im Sinne des Umsturzes arbeite. Im Verfolg dieser Maßnahmen wurden eine Anzahl Telegramme der Kapp-Regierung beschlagnahmt und der schuldige Postdirektor, der die erwähnten Leitungen unterbrochen hatte, zeitweilig in Schutzhaft genommen.

Diese Maßnahmen, die zum Schutze der rechtmäßigen Regierung unbedingt notwendig waren, haben den Hamburger Oberpostdirektor Köhler, der sich damals durch Streikverbot und ähnliches als exzreaktionärer Mann erwiesen hat, zu einer Beschwerde beim Reichspostminister bewogen. Der Reichspostminister, dem scheinbar in Vergessenheit geraten ist, daß er nur dank der Entschlossenheit derer, die sich für die Verfassung einsetzten, heute wieder im Amte ist, hat sich diese Beschwerde seiner braven Bureaukraten zu eigen gemacht und beim Hamburger Senat eine Untersuchung gegen Senator Krause wegen angeblichen rechtswidrigen Verhaltens beantragt! Oberpostdirektor Köhler hatte nichts Eiligeres zu tun, als dieses Schreiben aus dem Reichspostministerium in seinem Amtsbereich öffentlich anschlagen zu lassen, um so zu demonstrieren, daß der Senat rechtswidrig gehandelt habe.

Der Senat wird zu dieser Sache gebührend Stellung nehmen, um der Reichsregierung zu zeigen, wie die Dinge wirklich liegen. Sie hätte es auch ohnedies wissen müssen. Wenn der Reichspostminister sich schon hat irreführen lassen, so ist es doch wohl zu erwarten, daß er einen weiteren Mißbrauch seiner sonderbaren Verfügung zu reaktionären Agitationszwecken verhindern wird.

Ein entstellter Bericht.

Irrtum oder Fälschung?

Aus Königsberg erhalten wir folgendes Telegramm:

Am 28. Mai erschien Herr Oehme, Charlottenburg, im Auftrage des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung, Weißmann, Berlin, bei mir, um Informationen über die politische Lage in Ostpreußen einzuholen. Oehme hat einen angeblich von mir stammenden Bericht der Berliner „Freiheit" zur Veröffentlichung übergeben. Der Bericht ist in allen wesentlichen Punkten falsch. Folgende Sätze geben nicht meine Ausführungen wieder, sondern beruhen auf Irrtum oder Fälschung Oehmes:

1. Ich fürchte tagtäglich den Ausbruch des Rechtsputsches.
2. Erst in letzten Tagen seien auf einem kleinen Gut 50, auf einem anderen Gut 80 Maschinengewehre beschlagnahmt worden.
3. Daß es mir an polizeilichen Hilfskräften fehle.
4. Das Reichswehrkommando bringe entlassene Soldaten mit Hilfe seiner Wirtschaftsabteilung auf den Gütern unter, wo sie den Einwohnerwehren eingereiht werden.
5. Die Einwohnerwehren in Ostpreußen hätten überall große Waffendepots, hielten militärische Uebungen ab und verrichteten z. B. in Tilsit Militärdienst.
6. Einzelne Angehörige der Einwohnerwehr hätten Waffen in Privatbesitz.
7. Neu angeworbene Söldner strömten dauernd nach Ostpreußen.
8. Alle Organisationen seien zusammengefaßt im Reichswehrgruppenkommando I unter Leitung des Generals v. Dassel.
9. Die vom Polizeipräsidenten Lübbring organisierte Sicherheitspolizei sei fast wertlos und zum großen Teil ohne Waffen.

Die Fälschungen Oehmes grenzen an Landesverrat, seine vorläufige Festnahme in Ostpreußen habe ich veranlaßt. Ich ersuche um Richtigstellung in den Berliner Zeitungen. Die hiesigen Blätter sind durch mich benachrichtigt.

Der Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen.
Borowski.

Wenn auch in Ostpreußen der Ausnahmezustand noch besteht und an sich die Berechtigung der Behörden zu einer solchen Verhaftung, für die strafprozessuale Gründe schwerlich beizubringen sein würden, vorhanden ist, so scheint es doch, als ob eine Berichtigung der Angaben Oehmes auch genügt hätte — zumal aktive Kappisten noch frei umherlaufen.

Mitteldeutschland.

Oberpräsident und Staatskommissar Genosse Hörsing bezeichnet in öffentlicher Erklärung die „Enthüllungen" von angeblichen kommunistischen Putschplänen als elendes Wahlmanöver.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 31. Mai. Das Oberpräsidium erklärt, daß die Meldung der „Post", nach der Unabhängige und Kommunisten in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein immer deutlicher danach trachteten, die Räterepublik Schleswig-Holstein zu schaffen, von Anfang bis Ende frei erfunden sei. Die Meldung stelle sich als frivoler Versuch dar, die öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Provinz Schleswig-Holstein zu stören.

Gegen Reaktion und Kommunisten.

Adler und Bauer auf dem Rätekongreß.

Wien, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Im Reichsarbeiterrat, der heute zusammentrat, referierte Friedrich Adler über die politische Lage: Seit der letzten Reichskonferenz hat sich eine vollkommene Wandlung der politischen Situation vollzogen. Während damals im Osten Ungarn noch Räterepublik war, herrscht dort heute ein reaktionäres Regime. In der ersten Periode hatten sich die Arbeiterräte mit der Frage zu beschäftigen, in wie weit das österreichische Proletariat verpflichtet sei, den revolutionären Aufstieg in Europa zu unterstützen. Die zweite Periode ist den Maßnahmen gewidmet, um die Reaktion innerhalb und außerhalb Oesterreichs zu bekämpfen. Wenn wir zurückblicken, so wissen wir, daß die vorige Reichskonferenz, indem sie den Kommunisten gefolgt ist, die richtige Taktik eingeschlagen hat.

In der Debatte sprach u. a. Otto Bauer, der sich gegen die Kommunisten wandte und ihre Angriffe wegen der Waffenausfuhr nach Polen zurückwies. Bauer führte aus, daß es leicht sei, zu deklamieren, daß aber die Sozialdemokratie in zäher stiller Tätigkeit geleistet habe, was zu leisten möglich war. Die Revolution steht in ganz Europa an einem Wendepunkt. Wir wissen nicht, wie stark die Reaktion in Deutschland ist, wir wissen auch nicht, wie das neue Bündnis zwischen Frankreich und England auf die Gestaltung Europas wirken wird. Das einzige, was wir tun können, ist die Mahnung, gerüstet zu sein und unser Pulver trocken zu halten. Nie war Einigkeit nötiger als jetzt, wo das Proletariat von den größten Gefahren bedroht ist!

Damit vergleiche man das Tun der deutschen Unabhängigen, die den Wahlkampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie führen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Scharfmacherweizen blüht in der Holzindustrie!

Von der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes erhalten wir eine längere Zuschrift, welcher wir die folgenden tatsächlichen Angaben entnehmen:

Die Niedergang unserer Valuta bot für das Ausland die günstige Gelegenheit, deutsche Waren für ein Spottgeld zu erhalten. Der Heißhunger nach diesen Waren machte sich besonders in der Möbelindustrie bemerkbar. Die bestehenden Betriebe konnten den Bedarf nicht decken, Neugründungen waren die Folge. Wie Pilze schossen diese aus der Erde, und das Schiebertum stand auch hier in voller Blüte. Es kam hierbei — wie immer beim Kapital — weniger auf den Bedarf an, als auf die Gelegenheit, Kapital vorteilhaft anzulegen. Ob da ein Zimmer 20 000 oder 40 000 M. kostete, spielte keine Rolle, die Hauptsache war, daß man etwas erhielt.

Durch die naturgemäß folgenden Preistreibereien verschafften sich die Unternehmer der Holzindustrie ungeheure Vermögensvorteile. Man konnte die Beobachtung machen, die Betriebsinhaber, die sich erst vor einigen Monaten selbständig gemacht hatten, nach und nach zu Besitzern von Großbetrieben wurden. Für Rohmaterial wurde ein geradezu fabelhafter Preis gezahlt. Man fragte nicht: „Was kostet die Ware?", sondern „Hast du noch Ware?"

In einem diametralen Gegensatz zu dem freigebigen Verhalten der Unternehmer in diesen Dingen stand die Entlohnung der Arbeiterschaft. Hier bedurfte es immer wieder der schwierigsten Kämpfe und Verhandlungen, um wenigstens einige Groschen Lohnerhöhung zu erringen. Und dennoch war sehr oft der Ablenkungsvorwurf zu vernehmen: die Lohnerhöhungen seien schuld an der Steigerung der Preise, also auch der der Lebensmittel.

Diesen für die Arbeiterschaft fast unerträglichen Zustand wünschten die Unternehmer dauernd beizubehalten, bis das Anziehen der Valuta einerseits und das zugestopfte „Loch im Westen" andererseits einen Umschwung in der Holzindustrie hinterließ. Es bestand nunmehr die Gefahr, die Produkte mit weniger Gewinn abgeben zu müssen als bisher, und nun entpuppte sich die bis zum Ueberdruß betonte Liebe des Unternehmertums zum Wirtschaftsaufbau: es werden die Betriebe mehrfach stillgelegt. Der allgemeine Hunger nach Produkten beim eigenen Volke kümmert diese „Volksgenossen" nicht im geringsten. Der Absatzmarkt ist naturgemäß völlig der Verengung preisgegeben, wenn auch nicht wegen einer Ueberfüllung mit Waren, sondern wegen der Unmöglichkeit der Konsumenten, für die nun „glücklich" dem Auslandspreise nahegebrachten Kosten sich etwas anzuschaffen. Da sinnen die Unternehmer nach dem Auswege, das ist die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen! Also auf Kosten der Arbeiter soll der Karren wieder flott gemacht werden.

Als erstes Mittel diente die Ablehnung sämtlicher Forderungen betr. weiterer Teuerungszulagen. Um den Arbeiter einzuschüchtern, wurde beschlossen, bis auf weiteres keine neuen Arbeiter einzustellen und die Betriebe mit den vorhandenen weiterzuführen. Aber damit begnügten sich die Berliner Scharfmacher der Holzindustrie noch nicht, sondern sie gingen zum direkten Lohnabbau über. Der Zweck der Uebung ist der, alle Löhne auf das Niveau des Reichstarifs zu senken, der für Berlin auf Grund lokaler Vereinbärung nicht als ausreichend angesehen werden kann.

Zur Verstärkung dieses Abbaumittels ließ ein Teil der Betriebe sofort verkürzt arbeiten und nahm Entlassungen — besonders der Betriebsräte — vor. Ein anderer Teil hat die Betriebe ganz stillgelegt; aller Einspruch war vergeblich. Die behördlichen Stellen versagten gänzlich.

Ganz besonders einseitig werden die Beschwerden der Arbeiter durch die Vertreter des Demobilmachungsamtes behandelt. Bei Meldungen von Betriebsstillegungen wurde den Arbeitern geantwortet, daß die Bücher ein Defizit aufweisen, die Firma daher ihren Betrieb nicht aufrechterhalten könne. Das hinderte einen Teil der Unternehmer aber durchaus nicht, 8 Tage nach solchen Feststellungen einen Teil ihrer Arbeiter unter ganz bestimmten Bedingungen zur Arbeitsaufnahme aufzufordern.

Ein Dorn scheinen den Holzindustriellen die Betriebsräte zu sein, die in fast allen Betrieben als erste die Entlassung erhielten.

Soweit die Zuschrift, die wir nur zum Teil wiedergegeben haben, weil es hier zunächst auf die Sache, nicht aber auf die Wiedergabe radikaler Stilübungen ankommt. Der „Vorwärts" hat namentlich in seinem wirtschaftspolitischen Teil in letzter Zeit wiederholt gefordert, daß die Produktion in Anbetracht des gegenwärtigen Warenhungers weitergeführt werden muß. Die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis ist die Absatzstockung der überteuerten Waren, aus deren Verkauf den Unternehmern heute Verluste drohen, die sie nicht tragen wollen. Es erscheint ihnen vorteilhafter, Arbeiter zu entlassen, statt Waren abzustoßen. Es muß gegen dieses Verhalten der schärfste Protest erhoben werden.

Der Streik in der Binnenschiffahrt beendet.

Der Ausstand der in der Binnenschiffahrt tätigen Privatschiffer und der Schiffsmannschaften hat nach mehrwöchiger Dauer sein Ende gefunden. Die am Sonnabend unter den Schiffsmannschaften erfolgte Abstimmung hat eine Mehrheit für den Abbruch des Streiks auf der Elbe ergeben. Die Schiffsbesatzungen der Oder und der märkischen Wasserstraßen haben sich zwar nicht für die Beendigung des Ausstandes entschieden, doch hat der Verband der Binnenschiffer mit Rücksicht auf die Verkehrsaufnahme auf der Elbe die Weisung zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit ausgegeben. Dieser Parole ist denn auch am heutigen Montag entsprochen worden.

Antwort der Bankleitungen.

Der Reichsverband der Bankleitungen hat auf den Vorschlag des Geheimen Regierungsrats Dr. Sitzler vom 26. Mai 1920 folgende Antwort gegeben: Reichsarbeitsministerium, zu Händen des Geheimen Regierungsrats Dr. Sitzler: Getreu unserer bereits im Schlichtungsverfahren gemachten, im § 13 unserer Neuregelung wiederholten, auch in unserer Hauptversammlung am 20. Mai 1920 erneut erklärten Zusicherung sind wir entschlossen, die laufenden Teuerungszulagen entsprechend der eingetretenen Teuerung angemessen zu erhöhen. Zu alsbaldiger Verhandlung über die Höhe steht der in unserer Hauptversammlung am 12. Mai gewählte Verhandlungsausschuß, bestehend aus den Herren Schreyer, München, Theo Rhade, Mainz, Willing, Hamburg, dem Unterzeichneten und einem weiteren noch zu bestimmenden Berliner Herrn, jederzeit zur Verfügung. — Der mündliche Vorschlag des Herrn Geheimrats Dr. Sitzler vom 26. Mai 1920 hat auf telegraphische Rundfrage nicht die Billigung des Reichsverbandes gefunden. Ausschlaggebend für diese Haltung ist, abgesehen von der Höhe der Ziffern, die vorgeschlagene Rückwirkung auf den 1. Februar 1920 gewesen, zumal die drei Herren Unparteiischen im Reichsschlichtungsverfahren selbst die Sätze des Schiedsspruches, die wir mit einer kleinen Verschiebung auf Kosten der Ledigen zugunsten der Verheirateten unserer Neuregelung zugrunde gelegt haben, als ein reichlich bemessenes soziales Existenzminimum eines Bankangestellten und den damaligen Verhältnissen entsprechend bezeichnet haben.

Angestelltentarif in der Metallindustrie.

In den einzelnen Betrieben wird von den Unternehmern damit operiert, daß ihr finanzielles Tarifangebot für einige Gruppen höher sei, als es von den Vertretern der Angestellten in der Massenversammlung in der Neuen Welt angegeben wurde. Diejenigen Angestellten, die bisher schon 5 oder mehr als 10 Entlohnungsdienstjahre hatten, sollen den Prozentzuschlag zu der Summe erhalten, die bisher der Tarif für sie vorsah, so daß also für einzelne Angestellten ein höheres Grundtarifgehalt herauskäme, als das im Entwurf der Unternehmer bei nur 5 Entlohnungsdienstjahren vorgesehene. Ein Angestellter, der in der Beschäftigungsgruppe K 2 nach 10 Entlohnungsdienstjahren 560 M. erhielt, soll den Zuschlag also zu diesen 560 M. erhalten und nicht nur zu dem Satz von 500 M. Zugegeben ist, daß hierdurch kleine Verbesserungen für den Vorschlag der Unternehmer erzielt würden. Festzustellen ist aber einmal, daß diese Auslegungen in einem Schreiben enthalten sind, welches erst nach der Versammlung den Angestelltenorganisationen zuging, und daß zweitens diese an sich unwesentlichen Erhöhungen das Gesamtbild nicht verschieben und somit das Gesamturteil über den Entwurf der Unternehmer nicht verändern können. Es verdient, hervorgehoben und der Oeffentlichkeit bekanntgegeben zu werden, daß über die finanziellen Vorschläge der Arbeitnehmer überhaupt nicht diskutiert worden ist, und daß andererseits wiederum die Unternehmer eine Diskussion über ihre Vorschläge auch nicht zuließen. Wir kennen diese Diktatur des Kapitals.

Den Arbeitnehmern bleibt bei solcher Sachlage kein anderer Weg übrig, als der zu einem vom Arbeitsministerium einzusehenden Schlichtungsausschuß. Dieser Weg ist beschritten worden. Das Arbeitsministerium will es sich angelegen sein lassen, so schnell wie nur irgend möglich, eine Verhandlung zustandezubringen. An der Schnelligkeit, mit der die Unternehmer auf die Vorschläge hinsichtlich der Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses eingehen, wird man erkennen können, wie weit deren Wille, die Betriebe nicht zu erschüttern, in Wirklichkeit geht, denn daß sich schon Anzeichen für solche Erschütterungen zeigen, ist nicht zu leugnen. Teile großer Betriebe der Metallindustrie konnten nur zur Weiterarbeit veranlaßt werden durch den Hinweis, daß wahrscheinlich binnen 8 Tagen ein Schiedsgerichtsurteil vorliegen könne.

Den Arbeitnehmern ist zu empfehlen, voreilige Entschlüsse zu vermeiden und abzuwarten, ob die Unternehmer den Ernst der Situation erkannt haben und die strittige Tarifangelegenheit in schnellerem Tempo erledigen wollen als bisher.

Neuregelung der Lohnsätze der Handelsarbeiter in den Zigarettenfabriken.

Die in den Berliner Zigarettenfabriken beschäftigten Hausdiener, Packer, Lagerarbeiter, Portiers, Kutscher und Arbeiterinnen nahmen am 28. Mai d. J. in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu den Verhandlungen, welche der Deutsche Transportarbeiterverband mit dem Arbeitgeberverband der Zigaretten- und Zigarettenhülsenfabrikanten von Groß-Berlin gehabt hat. Liebenow berichtete, daß in der ersten Verhandlung, die am 14. Mai stattgefunden hat, eine Einigung nicht erzielt wurde, in der am 27. Mai erneut stattgefundenen Verhandlung erklärten die Arbeitgeber, daß die Forderung von 150 Proz. Zuschlag zu den Grundlöhnen nicht ernst zu nehmen sei, daß die Preise für Lebensmittel usw. stark im Preise gefallen sind und noch weiter ein Rückgang eintreten wird.

Das Angebot von 50 Proz. Zuschlag, das die Unternehmer gemacht haben, wurde von den Arbeitervertretern als zu niedrig abgelehnt. Nach längeren Auseinandersetzungen wurden 75 Proz. Teuerungszuschlag angeboten, jedoch mit der Maßgabe, daß erneute Lohnforderungen erst nach 8 Monaten gestellt werden dürfen. Eine Einigung kam alsdann so zustande, daß die neuen Lohnsätze 10 Wochen Geltung haben.

Die Wochenlöhne betragen ab 4. Juni je nach der Beschäftigungsdauer nach diesen Abmachungen: für Jugendliche von 16 bis 20 Jahren 90—140 M., für männliche erwachsene Arbeiter 168 bis 216 M., für erwachsene Arbeiterinnen 120—156 M. Männliche Kutscher erhalten eine Zulage auf den Grundlohn von 10 M. pro Woche. Arbeitnehmer, welche die vorgesehenen Löhne bereits erreicht haben, erhalten eine Zulage von 5 M. auf den Grundlohn.

Die Versammelten stimmten nach lebhafter Diskussion den Abmachungen zu.

Die Akkordfrage in der Modelltischlerbranche.

Zu der in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" enthaltenen Notiz unter obiger Ueberschrift erhalten wir von einem bei der Firma Borsig-Tegel beschäftigten Genossen eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Da die Modelltischler in den Fabriken dem Kollektivabkommen der Metallindustrie unterliegen, erhielten sie bis heute die ganz ungenügenden Löhne bei reiner Lohnarbeit. Alle Bestrebungen, einen höheren Lohn zu erhalten, scheiterten, da die Unternehmer sich hinter das Kollektivabkommen verschanzten und stets auf die Akkordarbeit verwiesen, sie drohten sogar, die Akkordarbeit gewaltsam einzuführen. Die Firma Borsig machte jedoch bei gegenseitigem Einverständnis den Vorschlag, die Akkordarbeit auf dem Boden der wirtschaftlichen Demokratie einzuführen. Die Kollegen wählten einen Kalkulator, dieser vereinbart mit den Kollegen den Akkordpreis, selbstverständlich unter der Kontrolle der Firma. Bei Differenzen ist eine Fachkommission eingesetzt, der 3 Kollegen angehören. Wenn wir uns nun auch vollkommen klar darüber sind, daß die Firma die Akkordarbeit nur eingeführt hat, weil sie einen extra Vorteil daran hat, so bedeutet sie andererseits eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die ihre Pflicht tuenden Kollegen. Konnten wir anders handeln? Auf der einen Seite wirtschaftliche Verständigung und teilweise Hebung der wirtschaftlichen Lage, auf der anderen Seite Beschluß der Branche: Ablehnung der Akkordarbeit (allerdings von vielen Seiten längst durchbrochen) und Kampf. Welche Aussicht auf Erfolg hat nun dieser Kampf? Da nun in früheren Jahren in den Fabriken auch in der Modellbranche in Akkord gearbeitet wurde, allerdings unter den widerwärtigsten Verhältnissen, so ist eine Verneinung der Akkordmöglichkeit nicht zu behaupten. Nun ist es wohl für einen organisierten Kollegen das Peinlichste, Branchenbeschlüsse zu ignorieren, denn wir sind es gewöhnt, Beschlüsse zu halten oder für Aufhebung derselben zu wirken. Ist jedoch eine Anarchie in der Branche eingerissen, so kann von vernünftigen Leuten nicht erwartet werden, daß sich Familienväter bei den heutigen Verhältnissen in Differenzen stürzen. Der Ausgang so vieler Bewegungen hat ja gelehrt, daß nach wochenlangem Streik bei Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen die Akkordarbeit eingeführt wurde. Die Struktur der Modelltischlerbranche macht es wohl wünschenswert, daß in Lohn gearbeitet wird, jedoch ist Akkordarbeit auf gesunder Basis nicht unbedingt abzulehnen. Kollegen, die ihre Pflicht in Arbeit nicht tun, brauchen wir nicht zu schützen. Wäre die Akkordarbeit so verwerflich, so dürften die Gehälter der Verbandsbeamten auf keinen Fall nach den Akkorddurchschnittsverdiensten berechnet werden.

Vom Betriebsleiter der Schmöckwitz—Grünauer Uferbahn, Herrn Salzmann, erhalten wir ein auch die Namen zweier Betriebsratsmitglieder enthaltendes Schreiben, in welchem zwar die in unserer veröffentlichten Zuschrift gemachten Angaben über die Löhne usw. als richtig bezeichnet werden, jedoch bestritten wird, daß der Betriebsleiter Herr Salzmann nachzuweisen versucht habe, daß eine vierköpfige Familie mit 450 M. monatlich auskommen könne.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin. Betriebsräte und Betriebsobleute. Zwecks Feststellung der Adressen der Betriebsräte und Betriebsobleute und Ausstellung der Legitimationskarten werden alle mit diesen Funktionen betrauten Kollegen ersucht, heute oder die folgenden Tage im Bureau, Rungestr. 50 (Arbeitslosensaal), in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeitung Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin). Mittwoch, den 2. Juni, nachm. 1/2 5 Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27: Kombinierte Vertrauensmännersitzung sämtlicher Branchen. Der Ernst der politischen Lage, ebenso die Berichterstattung über die letzten Tarifverhandlungen ergibt die Dringlichkeit der Versammlung. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Soziales.

Verordnung über die Abänderung des Gesetzes betreffend die Kaufmannsgerichte.

Am 19. Mai ist eine Verordnung erschienen, die einige Abänderungen des Kaufmannsgerichtsgesetzes bringt. Es ist die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für alle Handlungsgehilfen und -gehilfinnen mit einem Jahresgehalt bis zu 15 000 M. gegenüber den bisherigen 5000 M. ausgedehnt, während die Berufungssumme von früher 300 M. auf jetzt 1000 M. festgesetzt ist. Die Kaufmannsgerichte sind seinerzeit geschaffen worden, um eine möglichst schnelle Rechtsprechung, unter Ausschaltung der ordentlichen Gerichte mit ihren langwierigen Verfahren, zu garantieren. Die Festsetzung der berufungsfähigen Summe auf 1000 M. hat zur Folge, daß in der Mehrzahl aller Streitfälle bei den den verteuerten Verhältnissen entsprechend gestiegenen Gehältern die Angestellten doch gezwungen sein werden, die ordentlichen Gerichte in Anspruch zu nehmen. Das macht die Tätigkeit der Laiengerichte bis zu einem gewissen Grade illusorisch. Es muß deshalb gefordert werden, daß die Berufungssumme auf mindestens 3000 M. heraufgesetzt wird, weil diese Summe ihrem Werte nach ungefähr derjenigen entspricht, die bei Schaffung des Kaufmannsgerichts mit 300 M. festgesetzt war. Die Wahlberechtigung ist vom 25. Lebensjahr auf das 21. Lebensjahr herabgesetzt worden, mit der Maßgabe, daß auch die weiblichen Angestellten das Recht haben, die Beisitzer zum Kaufmannsgericht zu wählen. Unverständlich bleibt, wieso die Wählbarkeit zum Beisitzer erst mit dem 30. Lebensjahre gegeben sein soll, während man mit 25 Jahren doch bereits Gesetzgeber werden kann. Besonders interessant ist auch die Ausschaltung der weiblichen Angestellten von der Berechtigung, Beisitzer zum Kaufmannsgericht zu werden. Gerade beim Kaufmannsgericht wäre es besonders notwendig, daß auch weibliche Angestellte zum Beisitzeramt zugelassen werden, zumal hier vielfach Fälle zur Verhandlung kommen, bei denen das spezifisch weibliche Verständnis zur Beurteilung außerordentlich am Platze sein dürfte.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

B. 43. Amerika hat noch keine offizielle Vertretung. Der englische Vertreter ist Lord Kilmanrock, Wilhelmstr. 70. — **O. 112.** Sie erfahren alles Nähere vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Johannisstr. 14/15. — **F. M. 30.** Wenden Sie sich an das Polnische Generalkonsulat, Potsdamer Str. 62.

Verantw. für den redaktion. Teil: Erich Kuttner, Tempelhof; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

A. Wertheim Lebensmittel
Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz
Soweit Vorrat!

Frischer Spargel erste Sorte .... Pfund 1.95
Grüne Gurken Holländer ... Stück 2.75 3.50
Blumenkohl holländischer, Kopf 2.00
Salat ..... 3 Köpfe 45 Pf.
Junger Kohlrabi ... Mandel 3.00
Stachelbeeren grüne .. Pfund 1.60
Zwiebeln italienische ... Pfund 90 Pf.
Pfefferlinge ..... Pfund 2.60
Haselnüsse ..... Pfund 6.00

Kartoffeln
neue italienische, markenfrei, Pfund 1.35

Marmelade
markenfrei, mit 50% Zucker gesüßt, Pfund 4.90

Frische Schellfische Pfund 1.50
Lengfisch in ganzen Fischen ohne Kopf ..... Pfund 1.50
Seezungen ..... Pfund 5.00
Steinbutten ..... Pfund 5.00
Möwen-Eier ..... Stück 1.20
Lachsstör geräuchert .... Pfund 24.00
Große Salzheringe .. Stück 1.00
Delikateßheringe . Stück 30 Pf.
See-Muscheln in Gelee .. Pfund 1.20